



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE

# DONALD TRUMPS BRANDGEFÄHRLICHES PROGRAMM

Von John Nichols

## Table of Contents

Eine echte Bedrohung für die amerikanische Demokratie.....	1
<b>Donald Trumps brandgefährliches Programm</b>	
Von John Nichols.....	2
Das konservativste Programm der modernen Geschichte.....	3
„Die alte Südstaatenstrategie auf Speed“ .....	5
Der Marsch der Republikaner nach rechts.....	6
„Konservatismus ohne Gewissen“ – Weshalb Trumps Vorhaben kaum hinterfragt werden.....	8
Trump's Autoritarismus.....	11
Grundlage des Kriegshaushalts: Der Zweck heiligt die Mittel.....	13
Welche Einschnitte: Details in Trumps Haushaltskürzungen.....	16
Eisenhower: „Wir begrüßen jede ehrlich gemeinte Friedensinitiative“ .....	18
Politik für die Wenigen durch Demokratieabbau.....	20
Medienpolitik und der Angriff auf die Netzneutralität.....	21
„Manipulierte Wahlen“ und Wahlrechtsentzug.....	24
Der Kampf gegen ein „Problem“, das gar nicht existiert.....	25
Hört endlich auf, Trump zu unterschätzen!.....	29

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Oktober 2017

**Herausgeber:** Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg  
**Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016  
**E-Mail:** info.nyc@rosalux.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

## **Eine echte Bedrohung für die amerikanische Demokratie**

Inmitten der surrealen und sich rasant überschlagenden Ereignisse ist es in Donald Trumps Amerika mitunter schwer zu unterscheiden zwischen dem, was geradezu lächerlich, und jenem, was todernst ist. Ist Trumps letzter Tweet bloß irgendein Hirngespinnst, ein zynisches Ablenkungsmanöver oder aber die nahe Zukunft der US-amerikanischen Politik? Wie kann man mit einer derartigen Quelle, die tagtäglich für neue Empörung sorgt, einen klaren Kopf bewahren hinsichtlich der größten, von seiner Regierung verursachten Gefahren? Eines jedenfalls sollte uns klar sein: Der Reality-TV-ähnlichen (Selbst-)Darstellung zum Trotz dürfen wir nicht übersehen, dass die Gefahren – von Kürzungen im Gesundheitswesen bis hin zu einem Krieg mit Nordkorea – überaus real sind.

Der Autor John Nichols, Washington-Korrespondent der Wochenzeitschrift „The Nation“, hat bereits mehrere Analysen für unser Büro verfasst, darunter die im letzten fehr erschienene Studie „Der Anfang vom Ende? Demokraten, Republikaner und die Krise der US-Politik“ (Oktober 2016). Sein im Titel der nun vorliegenden neuen Untersuchung angedeutetes Thema ist die brandgefährliche, weil beunruhigend kohärente, Agenda Präsident Trumps, die Nichols mit Blick auf Militarismus, Aus-teritätspolitik, soziale Spaltung, die Unterdrückung von Wählern und den rechten Autoritarismus aufzeigt.

Während manche Beobachter erklären, Trump sei im Grunde „unideologisch“, verfiht Nichols die gegensätzliche These, der zufolge der Präsident in Wirklichkeit die starre Ideologie eines „Konservatismus ohne Gewissen“ vertritt. Er beschreibt akribisch die einzelnen Schritte der Regierung zur Umsetzung der Trump-Agenda und bringt damit Licht ins Dunkel der Ungewissheit, die die politische Landschaft im vergangenen Jahr geprägt hat. Nichols geht ausführlich auf die wichtigsten politischen Schritte und Ernennungen ein, die die amerikanische Politik seit Trumps Wahl geprägt haben – und er zeigt einen Präsidenten, der sich zunehmend einer radikal rechten Basis mit einer äußerst klaren (und erschreckenden) Vorstellung für die Zukunft Amerikas verpflichtet hat.

Nichols lässt keinen Zweifel daran, dass diejenigen, die Trump als einen „überparteilichen“ Politiker betrachten oder als Witzfigur abstempeln, einem Trugbild aufsitzen und die seit Generationen größte Gefahr für die amerikanische Demokratie unterschätzen. Was zu tun ist, steht fest: Wir müssen die vor uns liegenden autoritären Gefahren verstehen und eine Strategie entwickeln, die dem Widerstand zum Sieg verhilft.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg  
Leiter des Büros New York, Oktober 2017*

# Donald Trumps brandgefährliches Programm

Von John Nichols

Als Donald Trump im Sommer 2017 ein halbes Jahr im Amt war, stellten Meinungsforscher der Quinnipiac University einer Gruppe von Amerikanern die Frage: „Welches Wort kommt Ihnen als erstes in den Sinn, wenn Sie an Donald Trump denken?“ Die häufigste Antwort war „Idiot“, gefolgt von „inkompetent“ und „Lügner“. Auch „unqualifiziert“, „Clown“ und „Arschloch“ wurden genannt. Außerdem bezogen sich die Antworten auf Trumps Geschäftstätigkeit als Immobilienmogul und TV-Prominenz, bevor er Präsident war. Dabei fielen Worte wie „reich“, „Business“ und „Verhandlungsführer“.

Von den 46 Zuschreibungen, die in den Antworten der Befragten mindestens fünf Mal fielen, bezog sich kein einziges auf Trumps Weltanschauung, Parteizugehörigkeit oder Politik. Die Umfrage verdeutlicht, wie sehr Trump weiterhin als Star aus der Unterhaltungsbranche und nicht als führender Politiker wahrgenommen wird. Bis heute gilt der US-Präsident auch in der Meinung vieler Medien und folglich im gesellschaftlichen Diskurs als ungezogener Flegel und als gigantisches Es ohne jegliche Orientierung, ohne Programm oder Vorstellung.

Solcherlei Kritik an Trump ist weit verbreitet, führt als Erklärungsversuch aber in die Irre. Die weit verbreitete Tendenz, Trump als ignoranten Stümper abzutun, entspringt sicherlich der allzu berechtigten Furcht vor ihm wie auch der Abscheu, die Viele vor ihm haben. Dennoch hat diese verengte Sichtweise mehr mit politischer Projektion denn mit der Wirklichkeit zu tun, weil ihr keine gründliche Untersuchung dieses Mannes und seiner Mission vorausgegangen ist. Es mag ja sein, dass der politische Neuling Trump in der Übergangsphase vom Reality-TV-Host zum Präsidentschaftskandidaten

ideologisch noch recht dünnhäutig war. Aber als Präsident ist er es nicht mehr. Der kluge politische Kommentator Doyle McManus schrieb dazu in der „Los Angeles Times“: „Einen Teil seines verrückten Genies macht die Tatsache aus, dass er gar nicht so unkonventionell ist, wie er tut.“

Trump hat sich eine klar umrissene und ideologisch starre politische Philosophie zu eigen gemacht, die er unter konventionellen und unkonventionellen politischen Aspekten umzusetzen versucht. Fast die gesamte republikanische Partei hat sich, auch wenn die Parteiführung darüber nörgelt, auf dieses Programm verpflichten lassen. Er setzt sich dafür mit einem Haushalt ein, den man als zentrales Dokument seiner Regierung betrachten kann und auch muss. Außerdem bemüht er sich um die Spaltung und Entmachtung der Opposition, um seine abstoßenden Vorhaben durchzubringen.

Trump lässt sich also zunehmend von ideologischen Motiven leiten und wird dabei immer mehr zum Parteipolitiker. Seine Positionen versucht er, pragmatisch durchzusetzen. Erst wenn man Trump dahingehend durchschaut hat, lässt sich eine Opposition auf die Beine stellen, die dieser rechten Dampfwalze, die ja viel größer ist als Trump, effektiv etwas entgegensetzen kann.

Trumps Ideologie, der „Trumpismus“, ist eine grobschlächtige Variante des althergebrachten amerikanischen Konservatismus, der wiederum selbst eine grobschlächtige Variante des Konservatismus ist, wie er im Rest der Welt vertreten wird. Trump und seine Unterstützer, die große Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus und im Senat darin einge-



geschlossen, sind Anhänger der Austeritätslehre, die auch die traditionellen konservativen Unternehmer und die neoliberalen Modernisierer vertreten. Aber das ist nicht alles.

Sie kombinieren Strategien, mit deren Hilfe der Reichtum strukturell von unten nach oben verschoben werden soll, mit einem Programm, das den Kosmopolitismus, die Zivilgesellschaft und die Funktionsfähigkeit der Demokratie untergräbt. Viel deutlicher als seine Vorgänger aus der Nachkriegszeit hat Trump jeden Anschein fallen lassen, er wolle zwischen der Binnennachfrage und den schrankenlosen Forderungen, die die neuen Kalten Krieger des 21. Jahrhunderts stellen, irgendeine Balance herstellen. Der Präsident setzt sich offensiv für einen noch weiter aufgeblähten militärisch-industriellen Komplex ein, der zulasten einheimischer und lebenswichtiger Sozialprogramme geht. Gleichzeitig nehmen Trump und sein Außenminister, der ehemalige ExxonMobil-Chef Rex Tillerson, zunehmend Abstand von Diplomatie und internationalen Verbindlichkeiten.

Nichts kann oder sollte Trumps Agenda verschleiern. Es handelt sich um die Herrschaft der Reichen und Mächtigen, die im Interesse der Reichen und Mächtigen regieren. Auch wenn Trump als Milliardär und Populist Wahlkampf machte, hob er doch ein Regierungsprogramm aus der Taufe, das ausschließlich im Sinne der Milliardäre ist. Von seinem Populismus übrig geblieben sind rassistische und ausländerfeindliche Attacken auf Einwanderer

und Flüchtlinge, zynische Angriffe auf die freie Presse als „dem Feind des Volkes“ und das sehr ambitionierte Ziel, die demokratischen Rechte einzuschränken. Er hat mehrmals behauptet, das Wahlrecht sei viel zu freizügig – und das in einer Republik, in der nur knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung an Präsidentschaftswahlen teilnimmt.

Als der populistische „Chefstrategie“ Steve Bannon im August entlassen wurde, war es im Weißen Haus mit der freihandelskritischen und isolationistischen Politik, die man im Wahlkampf nicht zuletzt um der Wechselwählerstimmen willen angekündigt hatte, auf einmal vorbei. Immer deutlicher wird, dass die Wirtschaftspolitik der Trump-Regierung von Wall-Street-Lobbys und nicht von Gewerkschaften beeinflusst ist. Die Leiterin von Global Trade Watch in der Nichtregierungsorganisation Public Citizen, Lori Wallach, ist angesichts der „Trumpschen Handelsheuchelei“, wie sie dazu sagt, sehr besorgt. Sie verweist auf die wachsende Kluft zwischen der Rhetorik und der Politik des Präsidenten:

*Man darf nicht vergessen, was er für alle hörbar laut und deutlich gesagt hat: ‚Ich werde Unternehmen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, bluten lassen.‘ Und er drohte dem in Indiana produzierenden Hersteller Carrier: ‚Verlagert die Jobs bloß nicht von Indiana nach Mexiko.‘ Und dann machte Carrier genau das mit 1200 bis 2000 Jobs. Und was ist dem Unternehmen passiert? Keine Strafe, nichts dergleichen, im Gegenteil: Unter der Trump-Administration erhielt es 15 neue lukrative Regierungsaufträge.*

## **Das konservativste Programm der modernen Geschichte**

Vieles Trumpsche Programmpunkte waren bereits im Wahlprogramm der Republikaner von 2016 nachzulesen. Der Milliardär hatte nach seinem disruptiven und dann maßgeblichen

Nominierungswahlkampf die Kontrolle über die Partei an sich gerissen. Der evangelikale Christ, Politaktivist und Autor David Barton erklärte im Sommer 2016, bei dem Doku-

ment handele es sich um „das konservativste Programm in der modernen Geschichte“. Tatsächlich sind die Kabinettsnominierungen und die Ernennungen zu Schlüsselposten in der Judikative und im Regulationsbereich bemerkenswert konkrete Belege dafür, dass sich diese Regierung nicht nur den Interessen von Unternehmen verpflichtet und dem „social conservatism“, das heißt dem religiös geprägten Wertkonservatismus, verbunden fühlt, sondern dass sie bereit ist, mit aller Macht für Spaltung und Demokratieabbau zu sorgen. Gleichzeitig beweist der Haushalt des Präsidenten, dass die Regierung Sozialprogramme zu opfern bereit ist, um den militärisch-industriellen Komplex noch weiter zu vergrößern.

Obwohl Trump als Außenseiter kandidierte und dabei häufig die Interessen von Banken, internationalen Großunternehmen und Wall-Street-Spekulanten anprangerte, stellt er eine Regierung voller Investmentbanker und Bankbürokraten zusammen. Gary D. Cohn, der ehemalige Präsident und Generaldirektor von Goldman Sachs, wurde Trumps Chef-Wirtschaftsberater und leitet das National Economic Council. Steven Mnuchin, der früher IT-Geschäftsführer bei Goldman Sachs sowie Hedgefonds-Manager war, ist jetzt Finanzminister. Jay Clayton, Ex-Wall-Street- und Banken, leitet heute die Securities and Exchange Commission, eine Behörde, die eigentlich die Wall Street und die Bankenbranche regulieren soll. In anderen hohen Regierungsämtern befinden sich Milliardäre (etwa Bildungsministerin Betsy DeVos und Handelsminister Wilbur Ross) und Chefs von Großunternehmen (Außenminister Rex Tillerson von Exxon und Linda McMahon von WWE als Leiterin der Small Business Administration), außerdem Generäle, die sich als aggressive Krieger mit einer Vorliebe für gigantische Militärbudgets hervorgetan haben (Verteidigungsminister James Mattis, der nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster und der Stabschef des Weißen Hauses John Kelly), und schließlich autoritäre Demokratieverächter,

die in der Vergangenheit eine gemeine Spaltungspolitik betrieben haben, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anzuheizen (etwa Politikberater Stephen Miller und der inzwischen geschasste stellvertretende Präsidentenberater Sebastian Gorka).

Nun ist es weltweit in der modernen Ära ja keine Seltenheit, dass Länder den Weg des Korporatismus und Militarismus einschlagen, statt auf menschliche Grundbedürfnisse und Demokratie zu setzen. Auch die USA haben in der Vergangenheit immer wieder solch gefährliches Neuland betreten, etwa unter den Präsidenten Ronald Reagan und George W. Bush, aber auch unter demokratischen Präsidenten, die zu sehr auf Krieg aus waren und die Bedürfnisse im eigenen Land hintanstellten. In der Hinsicht spricht viel für das Argument, Präsident Lyndon Johnsons hektischer Kriegseintritt in Vietnam habe das New-Deal-artige Bündnis, das ihm 1964 einen Kanter Sieg bescherte und aus dem er die „Great Society“ zimmern wollte, wieder platzen lassen.

So richtig es ist, die Ausübung eines Präsidentenamtes immer in ihrem jeweils eigenen Kontext zu begreifen, so wichtig ist der Hinweis, dass das Trump-Interregnum etwas eigenes darstellt. Denn dieser Präsident geht sehr viel weiter als seine allerkonservativsten Vorgänger, um der rechten Stammwählerschaft der Republikaner Genüge zu tun. Er hofiert die extremsten und gefährlichsten Strömungen der gegenwärtigen konservativen Bewegung – und ist noch viel eher als die republikanischen Präsidenten Richard Nixon und Ronald Reagan willens, ethnische und soziale Spaltungen herbeizuführen und sie für politische Zwecke auszuschlachten. Nixon versuchte dies in den spätern 60er und frühen 70er Jahren mit der Rhetorik von der „südlichen Strategie“ und der „schweigenden Mehrheit“, während Reagan über die schreiende soziale Ungleichheit, die sich aus seiner „Trickle-down“- und Deregulationspolitik ergab, einfach hinwegsah.

## „Die alte Südstaatenstrategie auf Speed“

Ins Schwarze traf die Überschrift in einem Artikel von Conor Lynch auf der Online-Nachrichtenseite „Salon“: „Donald Trump verkörpert die alte Südstaatenstrategie auf Speed. Weshalb seine Kandidatur der Höhepunkt von jahrzehntealter rechter Hetze ist.“ Trumps Angriffe auf Diversität und Demokratie sind sehr viel bedrohlicher als alles, was Nixon oder Reagan in dieser Beziehung jemals im Programm hatten. Denn der 37. und der 40. Präsident waren politische Karrieristen mit einem reichen Erfahrungsschatz aus ihren Wahlkämpfen und aus ihrer Regierungstätigkeit und mit einigermaßen konventionellen Sichtweisen, was allzu riskante politische Grenzüberschreitungen anging – auch wenn beide doch moralisch versagten und Gesetze brachen, was letztendlich lange Schatten auf ihre Amtstätigkeit warf.

Die Gefahr, die Trump darstellt, und seine Macht speisen sich aus derselben Quelle – auch wenn er dauernd in Skandale verwickelt ist und in dem Chaos, das er anrichtet, unterzugehen scheint. Bei den etablierten Republikanern war er anfangs zwar nicht beliebt, aber er verwandelte sich in das Aushängeschild der Partei. Dazu wurde er, indem er die großen Flügel der modernen konservativen Bewegung zusammenführte. Seit den 1970er Jahren führten sie die Partei an, als loses und oft schwer miteinander zu vereinbarende Strömungen. Auf den Trump-Zug aufgesprungen sind auch außergewöhnlich zynische Kräfte aus der Wirtschaft sowie religiöse Fanatiker. Erstere verstehen die Regierung als Steinbruch, aus dem sie sich selbst und ihre Geschäftspartner bedienen. Letztere haben die Ausübung von Macht, um anderen ihren Willen aufzuzwingen, zu ihrem politischen Prinzip erhoben. Das sehen die Militaristen ebenso. Zwar waren sie Trump gegenüber anfangs skeptisch, und einige sind nach wie vor ungehalten über Trumps Unberechenbarkeit. Doch in zunehmendem

Maße schwindet ihre Skepsis, da der Präsident Hardliner-Generäle auf Schlüsselposten hievt und massive Haushaltsaufstockungen für das Pentagon vorgeschlagen hat.

Wirtschaftskonservative und Rüstungsunternehmen üben in den oberen Etagen der Republikanerpartei eine immense Macht aus. Wertkonservative wiederum sind ein einflussreiches Wählersegment. An ihre autoritäre Neigungen appelliert Trump immer wieder. Das gefährliche Gemisch, das er offeriert, besteht aus der offen zur Schau getragenen Geringschätzung von Journalismus und Wissenschaft („die haben keine Ahnung“), Stimmungsmache gegen Einwanderer, Verständnis für den Rassismus der „Neo-Konföderation“, einer neu aufgelegten Rhetorik vom „Krieg gegen die Drogen“, der Ablehnung jeglicher Strafrechtsreform, der Missachtung der Rechte von Frauen und LGBTQ-Menschen, einer strategisch angelegten Wählerbeeinflussung und dem Vorgehen gegen anderslautende Meinungen, das bei der Sprache und Taktik der antikommunistischen Hexenjagd („Red Scare“) Anleihen macht.

Im Unternehmerflügel der Republikaner gab es immer viele Kräfte, die die grausamen und wirklich ungewöhnlichen Anliegen der Wertkonservativen ablehnten oder zumindest zu beschwichtigen versuchten. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, verlieh dieser Altherrenhaltung Ausdruck, als er einen von Trumps ethischen Schnitzern mit dem Satz „Er ist doch noch ganz neu“ entschuldigte. Anders als konservative Politikkarrieristen, die die Kunst der Schönfärberei beherrschen – etwa indem sie einem grausamen Plan, der 24 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung lässt, die beruhigende Überschrift „American Health Care Act“ geben –, sagte Ryan, Trump sei „mit den Abläufen noch nicht lange genug vertraut.“

Anders gesagt: Nicht Trumps Worte und Taten sind aus der Sicht seiner erfahreneren Wegbereiter das Problem, sondern die Art und Weise der Darbietung.

Seit Trump im Juni 2015 seine Kandidatur ankündigte, meckern republikanische Insider über seine Ecken und Kanten und seine Ellbogenmentalität. Aber nach und nach finden sie sich damit ab, dass er nicht bloß einer aus ihren Reihen, sondern ihr Anführer ist. „In vielerlei Hinsicht stellt Donald Trump jetzt die konservative Bewegung dar“, sagte der republikanische Meinungsforscher Jim McLaughlin

dem Online-Magazin „Politico“ einen Monat nach der Amtsübernahme, „und die konservative Bewegung ist Trump.“

Heute verteidigen Konservative, die einst als „Never-Trump“-Republikaner galten, den Mann und sein Programm. Man muss nur den Senator aus Utah Mike Lee fragen. Den gesamten Wahlkampf 2016 über maulte er über Trump. Im Juli 2017 sagte er Folgendes: „Wann immer es einen republikanischen Präsidenten gibt, verstehen wir diese Person auch als Chef der republikanischen Partei. Das ist auch heute der Fall, würde ich sagen.“

## **Der Marsch der Republikaner nach rechts**

Wie passt das zusammen? Die Bindemittel sind wohl Parteisoldatentum und politischer Zynismus. Aber es handelt sich dabei um nichts Neues. Seit den 1960er Jahren rücken die Republikaner nach rechts, wobei sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch immer extremere Positionen einnehmen. Die Moderaten unter ihnen werden dabei bei Vorwahlen besiegt oder an die Ränder gedrängt – oder in vielen Fällen gleich ganz ausgebootet. Übrig bleibt dann eine Partei mit einer ideologischen Extremhaltung. Seit 1992 erhielt nur ein einziger Republikanerkandidat, nämlich George W. Bush, mehr als die Hälfte der Stimmen. Und auch er gewann im Jahre 2004 mit 50,7 Prozent nur ganz knapp die Oberhand. Vier Jahre später sackte der Kandidat auf 45,7 Prozent ab. Der Demokrat Barack Obama räumte ab. Politikexperten sprachen schon von einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems hin zur linken Mitte.

Tatsächlich brachte Obamas erster politischer Erfolg die beiden Flügel der Republikaner zusammen, die auf diese Weise und dadurch dis-

zipliniertes wurden. Die Republikaner im Kongress begannen mit der Totalverweigerung am ersten Tag nach der Amtsübernahme durch den afroamerikanischen Präsidenten. Gleichzeitig begannen republikanische Gouverneure und Parlamentarier mit der Strategie der Wählerunterdrückung, die republikanischen Kandidaten Vorteile verschafft. Beispiele sind verschärfte Regelungen bei der Wählerregistrierung, Einschränkungen bei der Briefwahl und das sogenannte Gerrymandering. Damit werden Grenzen von Wahlkreisbezirken manipuliert, um es republikanischen Amtsinhabern gegenüber der Konkurrenz leichter zu machen. Die Folgen wogen schwer: Im Jahr 2012 erhielten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus demokratische Kandidaten 1,4 Millionen Stimmen mehr als republikanische. Und trotzdem wurden den Republikanern 234 Sitze und den Demokraten nur 201 zugeschrieben.

Das System auf diese Weise zu überlisten, wurde nach einer Reihe von Entscheidungen des konservativen Obersten Gerichts zu einer regelrechten Obsession der Republikaner. Zum



einen wurden viel höhere Wahlkampfspenden zugelassen, wodurch konservative Milliardäre zu den wichtigsten Wahlkampfspendern wurden und ihren Einfluss auf die Partei erhöhten. Zum anderen demontierte das Gericht den Voting Rights Act und damit die Schutzmaßnahmen für Wähler aus ethnischen Minderheiten, die eher demokratisch wählen. Die Interessensgruppen, die sich auf die Republikaner verlassen, um ihre Vorstellungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzusetzen, erzielten zwar nicht bei jedem Programmpunkt einen Konsens, waren sich aber darin einig, dass um jeden Preis gewonnen werden müsse. In einem Kommentar der Redaktion der „New York Times“ hieß es im Frühjahr 2016 deshalb:

*Die moderne politische Lehrmeinung besagt, dass die republikanischen Wahlsiegaussichten umso mehr steigen, je geringer die Anzahl der tatsächlichen Wähler ist. Konservative wissen das seit Langem. Darin liegt eine Erklärung für ihre verstärkten Anstrengungen, das Wählen zu erschweren oder einer großen Anzahl von Menschen die politische Repräsentation gänzlich zu versagen.*

Das konservative Lager hatte sich schon neu aufgestellt, bevor Donald Trump das politische Parkett betrat. Allerdings machte sich die Grand Old Party von Abraham Lincoln, Teddy Roosevelt und Dwight Eisenhower durch einen politischen Störenfried wie Donald Trump in ganz besonderer Weise angreifbar. Er war es, der Verschwörungstheorien wie die von den angeblich gestohlenen Wahlen oder vom illegalen Wählen, die das Brennan Center for Justice als „völlig ohne Grundlage“ bezeichnete, übernommen und verbreitet hatte. Trump erweckte darüber hinaus bewusst den Eindruck, er werde sich, einmal an der Regierung, mit aller verfügbaren Macht in den Einzelstaaten wie auf der Bundesebene schützend vor die Errungenschaften der Republikaner stellen.

Trump vereinte Republikaner unterschiedlicher Strömungen zu einem gemeinsamen Zweck: mit Hilfe der modernen Wahlmaschi-

nerie (einer Kombination aus harscher rechten Wahlkampfrhetorik und einer aggressiver Einflussnahme auf die Wahlen selbst) die politische Macht erlangen und behaupten, von dieser Position der Stärke aus den Staat selbst in eine politische Maschine umzufunktionieren. Diese politische Maschine funktioniert wie jene in vielen US-Großstädten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, indem sie ihre Freunde belohnt und ihre Feinde bestraft. Die ertragreichste Ernte fahren dabei jeweils die Wirtschaftseliten ein. Aber daneben vergibt die Maschine auch Belohnungen an bestimmte Segmente von Schlüsselwählern, die man zum Machterhalt bei der Stange halten muss – vor allem die Wertkonservativen. Sie waren begeistert, als der Präsident den reaktionären Juristen Neil Gorsuch für das Oberste Gericht nominierte. Sein Leben lang hatte er sich der rechten Sache und ihren politischen Vorstößen gewidmet.

Natürlich werden dabei diejenigen, die sich dem politischen Projekt dieser Maschinerie verweigern, bestraft – etwa indem einzelne Journalisten und ganz allgemein die freie Presse permanent angegriffen oder ethnische und religiöse Minderheiten mit Stereotypen, die dann Programmatik annehmen, überzogen werden. Dann erfolgen scharfe Kürzungen von grundlegenden sozialpolitischen Programmen und die Abschaffung von Vorhaben, die von der Armutszureduzierung bis zum Klimawandel reichen. Der Präsident hat sogar den FBI-Direktor entlassen, als der sich ihm in den Weg stellte.

Führende Republikaner zucken bei Trumps ungehobelten Aussagen, seinen Interessenskonflikten, wenn er die Justiz behindert oder bewusst moralische Grenzen überschreitet, nach wie vor zusammen. Allerdings freuen sie sich über Trumps Bereitwilligkeit, das System zu ihren Gunsten auszutricksen. Das wurde besonders deutlich, als er einen an Orwell erinnernden „Präsidentenausschuss für anständige Wahlen“ einrichten ließ. Den Vorsitz haben der

voreingenommene Parteisoldat und Vizepräsident Mike Pence sowie der Secretary of State von Kansas Kris Kobach inne, ein einwandererfeindlicher Hetzer und Befürworter von schärferen Gesetzen bei der Wählerregistrierung. Die American Civil Liberties Union bezeichnet ihn als „König der Wahlbeeinflussung“. Innerhalb weniger Wochen nach Trumps Amtsübernahme initiierte Kobach einen „beispiellosen Angriff auf die Rechte von Wählern“, wie es in der Zeitschrift „The Nation“ im Sommer 2017 hieß. Die Zeitschrift führte Folgendes aus: „Wir erleben den Anfang einer US-weiten Kampagne zur Beschneidung von Wählerrechten, angeführt vom Weißen Haus und durchgewinkt von Kongress und Justizministerium.“ Die Zeitschrift „Rolling Stone“ beobachtete Folgendes: „Die USA haben eine hässliche Geschichte von rassistisch diskriminierenden Wählergesetzen. Wem Beweise nicht egal sind, der kann unmöglich bestreiten, dass es sich hier um ein neues Kapitel handelt.“

Im Ganzen betrachtet sind Trumps Vorhaben gruselig. Sie sind darüber hinaus in ideologischer Hinsicht viel kohärenter und politisch konkreter als seine Kritiker – darunter viele

seiner Verbündeten – sich eingestehen wollen. Dem soll in dieser Studie auf den Grund gegangen werden. Es geht um eine Analyse der abstoßendsten Aspekte seiner Vorhaben, darunter auch der drastischen Umschichtung des Staatshaushalts zugunsten von Militarismus, Korporatismus, Austerität und einer „rechten Sozialtechnik“, wie der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich es nannte. Trumps autoritäre Vorhaben haben ihre Wurzeln in einer Ideologie, die heute als normaler Mainstream-Konservatismus gilt. Und trotzdem gehen sie darüber hinaus. Denn die politischen Prioritäten sollen so ausgerichtet werden, dass die Opposition gegen die Haushaltspolitik bei Wahlen geschwächt und auf Dauer ihrer Schlagkraft beraubt wird.

Trumps irrationale und unberechenbare Äußerungen sind erschreckend. Noch erschreckender ist allerdings, wenn er Klarheit an den Tag legt – etwa bei seinen Vorhaben als Präsident. Denn Trump und seine Verbündeten wissen genau, wohin sie mit Amerika wollen. Und diese Absicht verfolgen sie weitaus aggressiver und erfolgreicher als bisher allgemein zugegeben wird.

## **„Konservatismus ohne Gewissen“ – Weshalb Trumps Vorhaben kaum hinterfragt werden**

Amerikanische Medien haben die ungute Neigung, statt über Themen und Ideologien von Politikern über deren Persönlichkeit zu berichten. Das Phänomen ist nicht neu. Denn zum einen ist das Präsidentenamt „imperial“ geworden, um einen Begriff des Historikers Arthur Schlesinger Jr. zu verwenden. Zum anderen gibt der Kongress seine von der US-Verfassung festgelegte Rolle als Institution von Checks-and-Balances gegenüber dem Präsidenten zunehmend auf. Die Fernsehsender

nehmen deshalb eher den Mann im Weißen Haus als den Regierungsprozess ins Blickfeld. Präsidenten werden weniger als Anführer denn als Markenzeichen abgehandelt, wobei Ideen und Politik nur noch als Ausdruck dieses Markenzeichens gelten. Präsidenten werden nicht mehr nach ihren eigenen Verdiensten oder Fehlschlägen beurteilt.

Nun ist Donald Trump ein Produkt des Entertainment-Zeitalters und ein Meister im Um-

gang mit alten und neuen Medien wie Fernsehen und Twitter. Von daher überrascht es kaum, dass er seine Opposition bei den Republikanervorwahlen und bei der sich anschließenden allgemeinen Wahl ausschalten konnte.

Diese Politik, die sich weitgehend auf die Person beschränkt, machte Trumps Medienmanipulationen und seinen Griff nach der Macht erst möglich. Dennoch: Die „politics of personality“ reicht als Erklärung, weshalb Trump der Kandidat der Republikaner und dann Präsident wurde, keinesfalls aus. Denn seine Kandidatur war zu jeder Zeit ideologisch gefärbt. Er begann mit einer einwanderer- und islamfeindlichen Themensetzung. Sie wurde auf dem rechten Flügel der Republikanerpartei so beliebt, dass Mainstream-Konservative selbst die bescheidensten Ansätze, die eine Einwanderungsreform auf den Weg hätten bringen können, wieder ad acta legten. Außerdem ließen sie Vorschläge fallen, die eine sinnvolle humane Antwort auf die syrische Flüchtlingskrise gewesen wären.

Da Trump nie ein Parteifunktionär oder Bewegungskonservativer war, unterzog er sich aus reinem Opportunismus der Nagelprobe der Rechten – und bestand sie. Davor hatte er an demokratische Kandidaten und liberale Initiativen Wahlkampfgelder gespendet und war im Vorwahlkampf von Senator Ted Cruz aus Texas wegen seiner „New-York-Moral“ angegriffen worden. Jetzt war er auf einmal gegen das Recht auf Abtreibung und verdamnte Planned Parenthood. Er befürwortete aggressive Polizeimaßnahmen und verurteilte die Black-Lives-Matter-Bewegung. Er rief zur Abschaffung der US-weit geltenden Mindestlohnregelung auf, bekundete seine Sympathien für die gewerkschaftsfeindlichen „Right-to-Work“-Gesetze und sprach der Klimawissenschaft die Legitimität ab. Den größten Eindruck machte er auf die Wertkonservativen mit seinem Versprechen, einen Richter zum Obersten Gericht zu bestellen, der ihnen und den Interessensgruppen von Unternehmen am genehmsten war.

Trumps Zynismus löste bei rechten Radio-Talkshow-Moderatoren und konservativen Puristen noch mehr Zynismus aus. Denn sie dachten, bei dem zum dritten Mal verheirateten Playboy aus Manhattan handle es sich um einen liberalen Wolf im Schafspelz, der die Kontrolle über eine Partei übernehmen wolle, die in Wirklichkeit auf dem Land, im US-Süden und -Westen auf starke Unterstützung zählt. Sie malten sich sogar aus, er würde bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten aus dem Wahlkampf wieder aussteigen. Dasselbe meinen auch heute noch Manche, wenn Trump in Schwierigkeiten steckt: dass er das Weiße Haus verlassen und in den Trump Tower zurückkehren würde. Tatsächlich aber gibt Trump nicht freiwillig auf. Er ist einer, der obenauf bleibt. Er blieb immer obenauf, indem er sich selbst neu erfand – wenn es der jeweilige Umstand, das jüngste Immobiliengeschäft oder der Vertrag mit dem TV-Sender gerade erforderten.

Wie schon als Kandidat stützt er sich, um die Nase vorne zu behalten, auch als Präsident auf absolut loyale Anhänger. Sie stehen ihrem Mann weiterhin treu zu Diensten, selbst wenn seine Heuchelei und Unmoral unübersehbar sind und seine Korruption keiner Bestätigung mehr bedarf. In der Mitte des politischen Spektrums wäre er mit seiner Show als überparteilicher „Problemlöser“ niemals angekommen. Einzig die Rechten ließen ihm von Beginn des Wahlkampfes an bis heute als Präsident ihre Loyalität zuteil werden – gedankenlos, unbeugsam und kontinuierlich. Deshalb bewegt sich Trump unwiderruflich nach rechts. Die Mitte respektiert ihn nicht, die Linke verachtet ihn. Trump wurde zum beinharten Rechten. Er ist ein zynischer, aber überzeugter Konvertit, der die rechten Ziele in ihrem vollen Umfang weitaus aggressiver verfolgt als die konservativen Präsidenten alter Schule vor ihm.

Während für konservative Republikaner rechte Zielsetzungen eine notwendige Antwort auf wirtschaftliche und soziale Probleme sind,

glaubt er daran, dass die konservative Bewegung selbst eine notwendige Antwort auf seine eigenen politischen Probleme sind. Er ist auf sie angewiesen, und dazu muss sie stark sein. Genau deshalb (und weil er dazu neigt), hat sich Trump mit antidemokratischen und autoritären rechten Kräften verbündet, die ihrerseits ihre Machtpositionen mit Angriffen verteidigen – auf die Glaubwürdigkeit von Journalisten, die sie bloßzustellen drohen, und auf die Wählerrechte von Bürgerinnen und Bürgern, die sie möglicherweise nicht wählen werden.

Trump kandidierte für das Präsidentenamt mit einem Programm, das konservative Ideologen und Medienvertreter als das „konservativste Programm einer großen Partei in der amerikanischen Geschichte“ einstufen. Zu seinem Stellvertreter wählte er einen Ultra-Wertkonservativen. Außerdem kamen ihm führende Republikaner – wie der Vorsitzende des Republican National Committee Reince Priebus (den Trump dann auch zum ersten Stabschef im Weißen Haus machte) – mit ihrer Bereitschaft entgegen, ihren Wahlkampf mit seinem abzustimmen.

Ideologische Untertöne waren in den ersten Übergangswochen nach der Wahl Trumps deutlich zu vernehmen. Das ist bis heute so. Obwohl sie die eigentliche Präsidentschaft von Donald Trump ausmachen, sind sie kaum Gegenstand der Berichterstattung. Im nicht abreißenden Strom von Twittermeldungen, hanebüchenen Äußerungen und Verstößen gegen verfassungsrechtlich festgelegte Grenzen gegen die Geschäftemacherei des Präsidenten kann man sich durchaus verlieren. Aber wenn nur noch Trumps persönliche Marotten im Mittelpunkt stehen, dann gerät die wirkliche Politik des mächtigsten Mannes auf dem Planeten außer Sichtweite. Trump zieht oft Vorteile aus dem Trugschluss, er sei relativ unparteiisch und ein unideologisches Es, das sich einfach selbstgefällig im Amt sonnen würde. Bei solch einer Sichtweise handelt es sich

um eine alberne und wohl auch gefährliche Täuschung.

Trump steht eindeutig für ein rechtes Programm. Er hält es aufrecht und zieht es ebenso entschieden durch, wie er schon seine „Art-of-the-deal“-Projekte als New Yorker Immobilienmogul durchdrückte. Wer diese neue Realität nicht erkennt, erkennt auch nicht die Wandlung Trumps vom Geschäftsmann zum echten Politiker. Als Businessman betrachtete er Politiker als Produkte, die man mit Hilfe von Wahlkampfspenden und Lobbying kauft und wieder los wird. Als Politiker hat er begriffen, dass man im Zweiparteiensystem der USA politische Verbündete sowie einen Parteiapparat braucht, der Wahlkampagnen und Regierungsfunktionen erst möglich macht.

Viele Beobachter tun sich schwer mit der Einsicht, dass Trump sich weiterentwickelt hat – ja, dass er überhaupt dazu in der Lage ist. In vielerlei Hinsicht ist er immer noch derselbe alte narzistische und bombastische Selbstdarsteller, der er als Geschäftsmann und Reality-TV-Star etwa in „The Apprentice“ war. Aber sein Narzismus und seine Großpurigkeit haben sich auf ein politisches Projekt mit seinen eigenen Regeln und Vorgaben verlagert. Er würde sie zwar gerne schieben beiseite, akzeptiert sie aber doch als notwendiges Übel. Dieselbe Haltung hatte er schon früher in der Immobilien- und Unterhaltungsbranche eingenommen. Nach diversen Metamorphosen in der Vergangenheit ist seine jüngste Inkarnation die des Politikers. Wer darauf geachtet hat, weiß das.

Der konservative Kommentator Dennis Prager erläuterte im April 2017 in einer Kolumne unter der Überschrift „Es ist für Konservative an der Zeit, diesen Präsidenten zu feiern,“ Trump habe „nicht nur viele unserer Erwartungen übertroffen, sondern regiert in einer Art und Weise, die zum ersten Mal seit Präsident Reagan, wahrscheinlich sogar seit Calvin Coolidge, wieder im Einklang mit konservativen Prinzipien steht.“ Damit hat Prager recht.

## Trumps Autoritarismus

Hatte der Milliardär 2016 als Präsidentschaftskandidat anfänglich dem Establishment der Republikaner-Partei gedroht, so ist er zu einem strammen und kaum mehr wegzudenkenden Parteisoldaten geworden. Er gibt republikanischen Kandidaten bei wichtigen Sonderwahlen Rückendeckung und verteidigt führende Republikaner im Kongress, wenn sie Kompromisse oder die Zusammenarbeit mit den Demokraten ablehnen. Als Präsidentschaftskandidat bediente sich Trump aus dem gesamten ideologischen Spektrum, und das so ungebärdig, dass es Konservative vor einem Kandidaten Trump „graute“, wie Prager schrieb. Heute scheint er ein Vertreter einer konservativen Orthodoxie zu sein, die die präsidentiale Macht mit Ernennungen, Exekutivanordnungen und sozialen Medien ausschöpft mit dem Ziel, die Giftmischung aus korporatistischem Überlegenheitsdenken, Wirtschaftsnationalismus, Militarismus, religiös-rechtem Autoritarismus und ethnischer und sozialer Spaltung weiter zu verabreichen. Trump steht den Worten des Kommentators Jeet Heer zufolge für „konservative Grausamkeit“.

Dieser Präsident hat etwas so Autoritäres an sich, dass viele Beobachter befürchten, unter seiner Führung könnten die USA in den Faschismus abgleiten. Aber Trumps Autoritarismus beruht nicht nur auf seinem kranken Egoismus. Gleichermäßen ist er so etwas wie das außer Rand und Band geratene Abfeiern von Eigennutz und Selbstbedienungsmentalität, was neuere Eigenschaften des modernen Konservatismus sind. Vor einem Jahrzehnt veröffentlichte John Dean, der seit seiner Jugend ein Fan des konservativen Stars Barry Goldwater und unter Nixon als Rechtsberater im Weißen Haus beschäftigt war, ein Buch mit dem Titel „Conservatives without Conscience“. Darin behauptet er, die neuere konservative Bewegung hänge dem Autoritarismus an. Die Politik der

Konservativen reiche „von einer grenzenlosen Boshaftigkeit gegenüber jedem, der ihnen zu widersprechen wagt, bis hin zu einer religiös-frömmelischen Politik, die ihre Gleichgültigkeit kaschiert: gegenüber den Prinzipien der Gründervätern – Freiheit und Gleichheit – und gegenüber fundamentalen Grundsätzen wie etwa der Gewaltenteilung.“

In seinem Buch und in Interviews warnte Dean parallel zum erstarkten autoritären Denken und zu „proto-faschistischen Verhaltensweisen“ in der konservativen Bewegung und in der Partei davor, die USA seien gefährdet von „gewissenlosen Konservativen, die diese Nation in Katastrophen ungekannten Ausmaßes zu stürzen in der Lage sind“. Er konnte es damals nicht wissen, aber der ehemalige Nixon-Berater hatte wohl ein Vorahnung von Trumps Beziehung zur konservativen „Basis“, die für seine Politik konstitutiv ist.

Dean zitierte sozialwissenschaftliche Forschungsberichte, denen zufolge es „in den Bevölkerungsschichten der USA, die extrem autoritär geprägt sind, eine typische Haltung gibt: Ihre Führungsfiguren werden, da sie keine Fehler machen, nicht hinterfragt. Die Anhänger stehen auf ewig zu ihnen. Sie verhalten sich wie Lemminge.“ Genau davon geht Trump aus, und darauf setzt er. Allerdings befindet er sich deshalb auch in einer Zwangslage: Er ist so sehr auf gewissenlose Konservative angewiesen, dass auch er ständig wie ein Konservativer ohne Gewissen agieren muss.

Dadurch ist er noch konservativer geworden, als sich Konservative das von einem Präsidenten vorstellen können. Zustimmend hieß es im „Investor’s Business Daily“ deshalb: „Bei den Vorwahlen und im Präsidentschaftswahlkampf gab sich Donald Trump selten konservativ. Aber seine Personalpolitik und seine ersten



Amtsmaßnahmen waren so rechts, wie es nur geht.“

Diese Wahrheit wird in den USA noch nicht ganz begriffen, und wohl noch weniger im Ausland, weil die Medien Trump weiterhin als Abstraktion und nicht als Realpolitiker behandeln. Dieselben Journalisten, die schon in 2015 und 2016 Trumps politische Laufbahn falsch einschätzten, meinen heute ernsthaft, er werde das Land und die Welt doch noch mit einem Schwenk nach links oder wenigstens in die Mitte überraschen. Ihre Theorie besagt, Trump sei ein Hochstapler mit nur wenig Ideen und noch weniger Prinzipien und ein politischer Abzocker, immer auf der Suche nach günstigen Gelegenheiten, die Republikaner-Partei loszuwerden, der er sich erst vor ein paar Jahren anschloss. Diese „Never-Trump“-Haltung ist bei den Konservativen und den liberalen Bildungsbürgern nach wie vor so beliebt, dass beide die faktische Politik, die die Trump-Regierung inzwischen betreibt, oft aus den Augen verlieren.

Eine Handvoll elitär-konservativer Kommentatoren, die wegen Trumps dummdreistem und verantwortungslosem Stil beunruhigt sind, behaupten weiterhin, er gehöre nicht zu ihnen. Dazu zählt die Zeitschrift „The National Review“, die sich in der Ära Reagan und Bush als Sprachrohr der Mainstream-Konservativen profilierte und bei der Definition „konservativ“ dem Blattgründer und -verleger William F. Buckley folgt. Seit Langem wird darin argumentiert, Trump habe in den Reihen der Konservativen nichts verloren. Während des Wahlkampfs hieß es in einer Artikelüberschrift „Donald Trump’s Republican Party is Not Conservative“. Nach den Wahlen stand dort „Donald Trump: Pragmatist Not Conservative“ zu lesen. Aber in der Phase, in der Trump vom Kandidaten zum Präsidenten wurde, hieß er die rechten Ideologen, die sich auf die höchsten Regierungsämter bewarben, willkommen. Außerdem ist seine Regierungstätigkeit als streng konservativ zu bezeichnen,

im Einklang mit einer Politik, die sowohl bei wertkonservativen Haudegen wie auch bei Wall-Street-Spendern immer besser ankommt.

Donald Trump hat ein Programm: Es ist rechtsgerichtet, unternehmerfreundlich, illiberal und oft unmenschlich. Es geht darin sprichwörtlich um die Reichtumsverteilung von unten – denselben Wählern, die auf den „Anti-Establishment“-Kandidaten Trump setzten – nach oben zu den reichen Eliten, die er im Wahlkampf angriff, denen er aber jetzt zuarbeitet. Sein Programm räumt dem Ausbau von Armee und nationalem Sicherheitsapparat Priorität ein, auf Kosten der Bedürfnisse der Menschen. Es lehnt die Wissenschaft ab und befürwortet stattdessen rechtsreligiöse Dogmen, die selbst Ronald Reagan und George Bush zu extrem gewesen wären.

Als Trump sich auf den Wahlkampf vorbereitete, verfügte er vermutlich nicht über einen Plan, so weit nach rechts zu rücken. Aber er witterte rechts ein mögliches Geschäft, und deshalb bewegte er sich dorthin. Dass sich dieser Tatbestand irgendwann in einem kritischen Stadium der Trump-Ära vielleicht wieder rückgängig machen ließe, ist immer wieder widerlegt worden. In sein Kabinett holte er laut CNN „ein konservatives Dreamteam, das versprochen hat, die Hinterlassenschaften der Obama-Regierung in der Gesundheits-, Bildungs-, Arbeits- und Umweltpolitik so schnell wie möglich zu schleifen“. Sein Kabinett sei nicht nur das konservativste seit der Reagan-Zeit, merkte das ehemalige Mitglied im Reagan-Kabinett Bill Bennett im Fernsehsender Fox News an, „sie ist das konservativste, Reagans eingeschlossen.“

Natürlich lässt sich das Programm eines Präsidenten nicht danach gründlich beurteilen, welche Kabinettsmitglieder er hat – oder welche Worte er benutzt. Wirklich analysieren kann man es nur anhand der spezifischen Prioritätensetzungen, die im Haushaltsplan der

neuen Regierung aufgeführt sind. Darin zeigt sich das wahre Gesicht von Trump. Sein Plan ist eine Kombination aus Militarismus, Auste-

rität, Spaltung und Autoritarismus. Er ist Ausdruck des Konservatismus ohne Gewissen als seiner politischen Agenda.

## **Grundlage des Kriegshaushalts: Der Zweck heiligt die Mittel**

Haushaltsentwürfe sind moralische Dokumente, sagte der christliche Denker und Aktivist Jim Wallis einmal. „Jeder Etat ist eine moralische Rangliste, egal ob er von einer Person, Familie, Schule, Stadt oder Nation festgelegt wurde“, meinte er, „denn sie sagt uns in Zahlen, welche Bereiche, Themen, Dinge oder Menschen dem Urheber des Etats am wichtigsten und am wenigsten wichtig sind.“

Wallis hält sich seit Jahren in Washington auf. Er leitet eine Runde von Religionswissenschaftlern und Aktivisten, die die Präsidenten beider Parteien dazu anhalten, sich bei ihren Etatentwürfen auch um die Bedürfnisse der Armen zu kümmern. Über die Jahre hinweg musste er oft Widerspruch erheben. Dabei blieb er aber immer ausgewogen und fair. Er übertreibt nicht gerne, und wenn er schonungslos auspackt, dann hat es seinen Grund. Zu den Etatplänen der Regierung Trump, der darin zum ersten Mal seine Prioritäten deutlich machte, fand Wallis denn auch deutliche Worte. Der Haushalt sei ein „kaltblütiger Stich ins Herz jener Menschen, die sich abrackern müssen, nur um sich und ihre Familien durchfüttern zu können“, erklärte er, „es ist zutiefst unmoralisch, im Namen des Defizitabbaus die Reichen statt die Armen zu beschützen.“ Wallis hatte in der Vergangenheit demokratische und republikanische Präsidenten beraten. Aber an Trump ließ er kein gutes Haar. „Die Armen zu dämonisieren und Sozialprogramme für Niedrigstlohnverdiener einzustampfen, während die viel umfangreichere Subventionierung der Reichen unangetastet bleibt – das ist heuchlerisch und grausam.“

Unmoralisch, heuchlerisch und grausam. In der Tat – all dies trifft auf Donald Trumps Etatpläne zu. Aber es geht darüber hinaus. Trumps Etat drückt völlig unverblümt die finanzpolitischen Fantasien aus, die die Austeritätsbefürworter in den Vereinigten Staaten und weltweit seit Jahrzehnten hegen. In seiner ersten Rede vor dem US-Kongress rief der Präsident zu Steuererleichterungen für reiche Amerikaner und Unternehmen auf, zu milliardenschweren Kürzungen von Sozialprogrammen (sowie von diplomatischen und klimapolitischen Initiativen) und zum Transfer dieser Gelder an den militärisch-industriellen Komplex. Gleichzeitig legte er nahe, die USA sollten irgendwie ein funktionierendes und stark verankertes Gesellschaftssystem bleiben. Solcherlei finanzpolitisches Geschwätz hatte George H.W. Bush vor fast vier Jahrzehnten als „Wodoo-Volkswirtschaftslehre“ verächtlich gemacht.

Hinter Trumps Ansatz verbarg sich keine fiskalische Strategie, die zu einer Zukunft in Frieden und Wohlstand führen könnte. Er schlug auch keinen Etat im eigentlichen Sinne vor. Vielmehr handelte es sich um ein politisches Programm, das sich als finanzpolitische Rechnung ausgab. Als solche sollte sie auch keinen Sinn ergeben. Der eigentliche Zweck bestand in der Reizwirkung, die es auf seine rechte Basis ausüben sollte. Seit Jahrzehnten erzählt man ihr, Ronald Reagans einziger Fehler habe darin bestanden, nicht konservativ genug gewesen zu sein. Dieser faktenfreie Etatansatz wird bei den Rechten immer beliebter. Die „Konservativen ohne Gewissen“ scheren sich nicht um Details, weil

sie – um wieder John Dean zu zitieren – bei ihrer Mission nicht von Tatsachen oder Zahlen gestört werden wollen. Diese politischen Scharlatane verachten Fachkenntnisse und die praktischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssten. Laut Dean „haben sie für niemanden und nichts etwas übrig, außer für sich selbst, ihren Stamm und ihr Ziel, ihre Welt-sicht anderen aufzudrücken.“

In anderen Worten: Trumps Haushalt war in wirtschaftlicher Hinsicht inkohärent. Aber insofern er das gegenwärtige konservative Dogma neu formulierte, war er in ideologischer Hinsicht präzise. Das Herzstück des Dogmas bestand im unerschütterlichen Glauben an den militärisch-industriellen Komplex. „Ich schlage dem Kongress einen Etat vor, der die Armee wieder aufbaut, die Zwangsdeckelung des Verteidigungsministeriums beseitigt und für eine der größten Erhöhungen der Verteidigungsausgaben in der amerikanischen Geschichte sorgt,“ sagte er Präsident freudig am Ende seiner Rede vor dem Kongress.

Mit der Beantwortung der wichtigen Frage, wie er für die Ausgabenerhöhung eigentlich bezahlen wolle, gab sich der Präsident nicht ab – außer, dass er beiläufig erwähnte, er habe „im Bundesbereich einen Einstellungsstopp für nicht-militärische und nicht-wesentliche Arbeitskräfte verhängt.“ Den Erklärungsdruck wälzte er auf Michael „Mick“ Mulvaney ab, einen reichen Politikarrieristen aus South Carolina.

Mulvaney wurde im Jahr 2006 Abgeordneter im Parlament des Bundestaates und 2008 Senator. Im Jahr 2010 wurde er ins Washingtoner Repräsentantenhaus gewählt. Seit Kurzem fungiert er in Trumps Kabinett als Direktor des Amtes für Verwaltung und Haushaltswesen. Der berühmte rechte Talkshow-Moderator Rush Limbaugh hatte ihn liebevoll als sein „Rush baby“ bezeichnet – weil Mulvaney wie er ein glühender Verfechter von Militarismus, Korporatismus und sozialer Härte ist, von Wer-

ten also, die Limbaugh seit über einem Vierteljahrhundert predigt. Mulvaney ist ein gnadenloser und oft auch unreflektierter Befürworter von Sparhaushalten, selbst in fetten Jahren. Wie besessen von Schulden- und Staatsdefizit machte er sich einen Namen als Abgeordneter, der immer auf der Suche nach einem neuen Vorwand ist, um die Regierung dicht zu machen. Die „New York Times“ merkte einmal an, Mulvaney sei so kompromisslos gegen die Anhebung der Schuldenobergrenze gewesen, dass seine Bündnispartner und er sich ganz ohne Ironie „Shutdown-Gremium“ nannten. Denn statt den üblichen Resolutionen zuzustimmen, die in zurückliegenden Kongressphasen ohne viel Aufhebens verabschiedet worden waren, wollten sie jetzt die Regierung dicht machen.

Als Trump Mulvaney ins Kabinett holte, fantasierten immer noch ein paar Romantiker, der neue Präsident werde möglicherweise einige seiner Wahlkampfversprechen einer ausgabenfreudigen Politik einhalten. Artikelüberschriften lauteten beispielsweise „Trump versprach Rettung von sozialen Ansprüchen. Sein Haushaltsdirektor fordert Bruch mit Versprechen“. Tatsächlich war die Ernennung von Mulvaney ein Triumph für den Steve-Bannon-Flügel im Weißen Haus. Denn er ist entschlossen zur „De-konstruktion des Verwaltungsstaates“ und zur Herstellung einer beispiellosen Militärmacht, die echte und imaginierte Kriege bestehen kann. Was der Kandidat Trump selten war, zu dem wurde er im Weißen Haus: ein Falke, der das Haushaltsdefizit anprangerte. Er regte sich darüber auf, dass „wir fast 20 Billionen Dollar Schulden haben“, und lobte dabei Mulvaney als „vor Energie sprühende Führungspersönlichkeit mit festen Vorstellungen davon, wie unsere Staatsfinanzen verantwortungsbewusst verwaltet werden müssen und wie unser Land vor dem Ertrinken in roten Zahlen bewahrt werden kann.“ Solche Sätze werden immer verbreitet, wenn über die Masse der Bürgerinnen und Bürger Austeritätsmaßnahmen verhängt werden.

Gleichzeitig finden sich ausreichend Bundesmittel, mit denen die massiven Steuererleichterungen für die Reichen und die massiven neuen Ausgaben für die Armee finanziert werden.

Seine Regierung werde mit Mulvaney an der Spitze des Amtes für Verwaltung und Haushaltswesen „kluge Entscheidungen“ treffen, versprach Trump. Aber das war nur PR-Gerede. Denn Trump und seine Berater wussten genau, dass der Kandidat aus South Carolina, der auf der Karriereleiter immer weiter nach oben steigt, selbst politische Entscheidungen treffen würde. Darin liegt der Schlüssel zum Verständnis von Trumps Programm. Es ist immer politisch wie auch ideologisch motiviert.

Was hinter dem Trumpismus steckt, deutete sich in seiner programmatischen Kongressrede an. Wenige Wochen später kam die Bestätigung. Mulvaney veröffentlichte einen Haushaltsentwurf, in dem er den Kongress zu einer Erhöhung des Pentagonetats um 54 Mrd. Dollar – also eine zehnprozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr – und zu einer sechsprozentigen Aufstockung des mit dem Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko betrauten Ministeriums für Heimatsicherheit aufforderte. Außerdem sah der Entwurf das Nullwachstum des Staatsdefizits vor, was ihn immerhin einigen von Mulvaney's alten Freunden im House Freedom Caucus (dem Zusammenschluss von rund vierzig besonders weit rechts stehenden Republikanern im Repräsentantenhaus) schmackhaft machte. Aber wie sollte dieses finanzpolitische Kunststück vollbracht werden? Durch das Anlegen der Axt querbeet in allen anderen Bereichen. Auf diesen unververtretbaren Ansatz pochten der Präsident und sein Haushaltsdirektor, wann immer sich dazu die Gelegenheit bot.

CNN listete die am härtesten getroffenen Behörden auf:

- ⇒ Health and Human Services, das für die Obamacare-Krankenversicherung und deren Außerkraftsetzung zuständige Minis-

terium: Kürzungen in Höhe von 12,6 Mrd. Dollar (bzw. 16,2 Prozent);

- ⇒ Environmental Protection Agency: Kürzungen in Höhe von 2,6 Mrd. Dollar (bzw. 31,4 Prozent);
- ⇒ Außenministerium: Kürzungen in Höhe von 11 Mrd. Dollar (bzw. 28,7 Prozent);
- ⇒ Arbeitsministerium: Kürzungen in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar (bzw. 20,7 Prozent);
- ⇒ Landwirtschaftsministerium: Kürzungen in Höhe von 5 Mrd. Dollar (bzw. 20,7 Prozent);
- ⇒ US Army Corps of Engineers: Kürzungen in Höhe von einer Milliarde Dollar (bzw. 16,3 Prozent);
- ⇒ National Institutes of Health: Kürzungen in Höhe von 5,8 Mrd. Dollar (bzw. fast 20 Prozent).

Der Haushaltsentwurf sah darüber hinaus Sparmaßnahmen in den Ministerien für Handel (15,7 Prozent), Bildung (13,5 Prozent), Wohnen und Stadtentwicklung (13,2 Prozent), öffentlichen Verkehr (12,7 Prozent) und Inneres (11,7 Prozent) vor.

Ganz abgeschafft werden sollten die Community Service Block Grants, die Programme wie den Mahlzeitendienst für Alte und Hilfsbedürftige (Meals on Wheels) finanzieren, die Corporation for Public Broadcasting, die Global Climate Change Initiative, die Legal Service Corporation, das Low Income Home Energy Assistance Program, das National Endowment for the Arts, National Endowment for the Humanities sowie Dutzende von Programmen und Initiativen der Umweltschutzbehörde und des Bildungsministeriums.

Dem Eisenbahnverbund Amtrak werden Gelder gestrichen, ebenso dem Clean Power Plan und der Klimainitiative der Vereinten Nationen. Als Mulvaney auf Klimaschutzprogramme angesprochen wurde, sagte er: „Ich denke, dass der

Präsident dazu klar Stellung bezogen hat. Dafür geben wir kein Geld mehr aus. Wir betrachten das als Verschwendung von Steuergeldern“.

Nachdem der Senator aus Vermont Bernie Sanders den Entwurf gelesen hatte, bezeichnete er ihn als „aus ethischer Sicht obszön und einfach schlechte Wirtschaftspolitik“. Sanders fasste seine Erschütterung über das Budget in folgenden Worte:

*Es wird denjenigen Menschen, denen Trump im Wahlkampf Hilfe versprochen hat, unsäglich weh tun. In einer Zeit massiver Einkommens- und Re-*

*ichtungsungleichheit, in der 43 Millionen Amerikaner in Armut leben und die Hälfte der alten Amerikaner nichts fürs Altenteil ansparen konnten, sollten wir doch nicht die Programme kürzen, auf die Senioren, Kinder und arbeitende Menschen angewiesen sind, während gleichzeitig die Ausgaben für den Militär-Industrie-Komplex massiv erhöht werden sollen. Trumps Prioritäten sind genau das Gegenteil dessen, was wir als Nation brauchen.*

Dies ist eine akkurate, wenn auch recht abstrakte Beschreibung von Trumps Austeritätshaushalt. Blicken wir an dieser Stelle genauer auf die innen- und sozialpolitischen Aspekte dieses herzlosen und gefährlichen Etats.

## Welche Einschnitte: Details in Trumps Haushaltskürzungen

Bei der Verteidigung des Etats erklärte Mulvaney allen Ernstes, die Einschnitte bei den Meals-on-Wheels- und Head-Start-Programmen seien überhaupt nicht hartherzig. „Ich denke, barmherziger können wir wahrscheinlich gar nicht sein“, sagte er und fügte hinzu, es sei „ziemlich barmherzig“, die Finanzierung von Programmen zu verweigern, „bis wir garantieren können, dass die dafür aufgebrauchten Gelder auch wirklich ordnungsgemäß verwendet werden“.

Im Weißen Haus sagte Mulvaney gegenüber den versammelten Medienvertretern: „Meals on Wheels klingt gut. Aber wir werden kein Geld für Programme ausgeben, die nicht nachweislich wirklich die Versprechen halten, die wir den Menschen gemacht haben.“

Tatsächlich aber hält Meal on Wheels, was es verspricht – und zwar in Form von warmen Mahlzeiten und einem freundlichen Umgang mit Millionen von älteren Amerikanern in Stadt und Land überall in den USA. Die Präsidentin und Geschäftsführerin von Meals on Wheels, Ellie Hollander, sagte dazu:

*Jegliche Art von Kürzung dieser äußerst effektiven Subventionsprogramme wäre ein verheerender Schlag für die dringend erforderliche Fürsorge für Millionen bedürftige und hilflose Senioren in Amerika. Unsere Arbeit bringt im Gesundheitswesen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe mit sich.*

So ziemlich alle von Trump und Mulvaney vorgeschlagenen Kürzungen zerreißen das soziale Gefüge Amerikas. „Es heißt, dass ein Etat ein Wertekatalog ist“, sagte Senator Jeff Merkley aus Oregon erschüttert. „Wenn das stimmt, dann macht dieser Etat deutlich, dass der Trump-Regierung Sonderinteressen und Rüstungsfirmen wichtiger sind als amerikanische Mittelschichtsfamilien“. Merkley bezeichnete den Haushalt als „Angriff auf die Lebensgrundlagen unserer Familien, von sauberer Luft und Trinkwasser über die Schulen für unsere Kinder bis zu Investitionen auf dem Arbeitsmarkt.“

Die Kongressabgeordnete Barbara Lee aus Kalifornien bezeichnete den Haushaltsentwurf als „moralische Bankrotterklärung“ und führte aus:



*Dieser Etat würde Rüstungsfirmen massive staatliche Gelder zukommen lassen und gleichzeitig lebensrettende Programme für die Armen und die Mittelschicht einstellen. Obwohl im Pentagon Verschwendung, Betrug und Missbrauch von Mitteln grassieren, leitet dieser Etat noch mehr Steuergelder auf die Kontos der Rüstungsfirmen um. Statt uns sicherer zu machen, ist dieser Haushaltsentwurf eine Garantie für weltweit größere Instabilität, mehr Hunger und Hoffnungslosigkeit. Mit den Sparmaßnahmen beim Außenministerium und bei USAID in Höhe von 10 Mrd. Dollar untergräbt die Trump-Regierung unsere globale Führungsrolle und treibt Familien weltweit in Armut und Krankheit.*

Gegen solche Entwicklungen kämpft Lee seit Langem an. Sie hat versucht, Kriege und ihre Ursachen zu verhindern. Aber nie zuvor stand sie vor einer so großen Herausforderung wie dem Haushaltsentwurf von Trump – und ihm als Präsidenten.

Trumps Programme – Austerität für arbeitende Familien und Generosität gegenüber Rüstungskonzernen (in seiner Kongressrede pries er Lockheed und dessen „fantastischen neuen F-35-Kampfjet“) – sind nun nicht gerade neu. Sie sind das Mantra der Mainstream-Konservativen, seit sich die Grand Old Party der „Modern Republicans“ entledigte, die die Weltsicht des Ex-Präsidenten Dwight Eisenhower teilten. Seitdem ist aus der der Partei der Vernunft die Partei der Reaktion geworden. Aber selbst Ronald Reagan und George W. Bush scheuten vor einer extremistischen Haushaltspolitik zurück. Trump und Mulvaney vertreten und werben für sie jetzt mit einer solchen Inbrunst, dass es hoffnungslos ist zu glauben, ein „Milliardärs-Populist“ werde als Präsident die vom Weg abgekommene Partei wieder auf die richtigen Bahnen lenken.

Mit Trumps „Budget Blueprint“, den er im Februar und März 2017 dem Kongress vorlegte, ist über die finanzpolitischen Prioritäten aber noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es handelt sich, wie der Begriff schon sagt, um einen Entwurf. Dasselbe gilt für das endgülti-

ge Haushaltsprogramm. Aber darin kommen bestimmte Wertvorstellungen zum Ausdruck, und die Zielsetzung wird klar. Trumps Amt für Verwaltung und Haushaltswesen beabsichtigt nicht, Kurs auf „Make America Great Again“ zu nehmen. Es verabschiedet sich vielmehr von der „Greatness“. Aus der „letzten großen Hoffnung auf dem Planeten“, wie der erste republikanische Präsident Abraham Lincoln die USA nannte, wird dann erst recht ein monströs militarisiertes Staatswesen, das sich nicht um seine eigene Bevölkerung kümmert.

Diese Wendung kommt nicht von ungefähr. Sie ist so gewollt. Und doch steckt dahinter kein Grand Design, sondern eher ein Ansatz. Trump wählte ihn, da er seine unberechenbare Politik im Wahlkampf hinter sich ließ und als Präsident einen immer strammeren Rechtskurs einschlägt.

Unmittelbar vor der Haushaltsrede des Präsidenten behauptete Mulvaney: „Der Präsident macht, was er im Wahlkampf versprochen hat. Genau das wird sein Haushaltsentwurf widerspiegeln. Er kündigte beispielsweise die Erhöhung des Militäretats an...“ Halt, stimmt nicht! Trump hatte zwar tatsächlich immer ein Problem mit Genauigkeit und Konsistenz, und er sagte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 alles Mögliche. Aber es gab ein paar Grundthemen: große Investitionsversprechungen in punkto Arbeitsplätze und Infrastruktur, eine umfassendere und bessere Krankenversorgung und der Schutz der Social-Security- und Medicare-Systeme. Darüber hinaus gab er sich als Kritiker des Irakkriegs und „von Betrug und Missbrauch und noch viel mehr“ in den aufgeblähten Etats des Verteidigungsministeriums sowie skeptisch gegenüber neuen militärischen Abenteuern. In der NBC-Sendung Meet The Press sagte er 2015: „Ich werde eine Armee aufbauen, die sehr viel stärker wird als sie heute ist. Sie wird so stark sein, dass sich niemand mehr mit uns anlegen wird. Und wissen Sie was? Das geht sogar mit weniger Aufwand.“ Das klang ziemlich eindeutig.

Was für eine Überraschung es für Trump-Unterstützer dann gewesen sein muss, als sie im Februar 2017 aus dem Mund von Mulvaney erfuhren, dass der Mann, der kaum ein Jahr davor nationale Sicherheit für „weniger Aufwand“ versprochen hatte, ausgerechnet dem Verteidigungshaushalt jetzt einen solchen Vorrang gab. Noch größer muss ihre Überraschung gewesen sein, als sie erfuhren, dass das sozialpolitische Programm, das im Wahlkampf so robust geklungen hatte, aufgegeben werden soll, damit den Rüstungsunternehmen Extraprofite zukommen.

Auf einmal lag für alle sichtbar offen auf der Hand, welche Werte die Trump-Regierung vertrat – und welche Werte Trump im Gegensatz dazu als Wahlkämpfer vertreten hatte. Als Mulvaney nach dem vormaligen Versprechen Trumps, er werde keine Rentenkürzungen zulassen, gefragt wurde, gab er sich äußerst schwammig. Glasklar und geradezu überschwänglich klang er dagegen, als er die Unterstützung des alten militärisch-industri-

ellen Komplexes durch die neue Administration erläuterte.

*Wir haben 54 Mrd. Dollar von den unabhängig vom Ermessen zu tätigen Ausgaben aus den nicht-militärischen Bereichen herausgenommen, um die Ausgaben im Verteidigungsressort zu erhöhen – genau das hatte der Präsident angekündigt. Was genau macht er also? Er sorgt für den Schutz der Nation, ohne dabei im Jahr 2018 das Haushaltsdefizit zu erhöhen. Das ist ein überzeugendes Argument für meine Freunde im Repräsentantenhaus und ein überzeugendes Argument für sehr viele Menschen im ganzen Land. Der Präsident tut, was er sagt, ohne das Haushaltsloch zu vergrößern. Was für ein Gewinn.*

Aber Mulvaney hat unrecht. Das ist kein Gewinn. Amerika schützt es nicht – jedenfalls nicht in dem Sinne, wie demokratische und republikanische Präsidenten seit jeher den Schutz der Republik verstanden haben. Einen Etat aufzustellen, ist immer auch eine Balanceakt. Und die Erfahrung besagt, dass das amerikanische Experiment gefährdet ist, wenn etwas aus dem Gleichgewicht gerät.

## **Eisenhower: „Wir begrüßen jede ehrlich gemeinte Friedensinitiative“**

Auf diesen Zusammenhang hatte schon Dwight Eisenhower hingewiesen, als er – gerade einmal zwei Monate im Amt – vor der American Society of Newspaper Editors eine mit Spannung erwartete Rede hielt. Mit Eisenhower war nach zwei Jahrzehnten erstmals wieder ein Republikaner – ein „Commander-in-Chief“ – ins Weiße Haus eingezogen. Gespannt warteten das Oval Office, das Land und die Welt, die sich mitten im Kalten Krieg befand, darauf, welchen Eindruck er hinterlassen würde. Der neue Präsident hätte in seiner ersten Rede vor der versammelten Presse jedes beliebige Thema ansprechen können – und er wählte, wie man einen Haushalt richtig ausbalanciert.

Eisenhower waren die Gefahren in der weltpolitischen Arena bewusst. Er sprach ausführlich über die schwierigen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion und befasste sich mit der Vernichtungsgefahr durch die Verbreitung von Atomwaffen. Er hatte zwar im Militär Karriere gemacht, zuerst als Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg in Europa und dann in der Nachkriegszeit, inmitten zunehmender Spannungen mit Moskau, als Armeestabschef. Aber das wäre für ihn kein Grund gewesen, zusätzliche Verteidigungsausgaben zur obersten Priorität zu erklären. Vielmehr machte er sich für das Gegenteil stark. Er bezeichnete militärische Eskalationsstufen als

„Straße der Angst“ und warnte vor der „Auszehnung des Wohlstands und der Arbeitskraft sämtlicher Völker durch die Last der Waffen und vor der sinnlosen Kraftverschwendung, unter der das amerikanische oder das sowjetische oder jedes andere System leiden würde, das für den Wohlstand und das Glück für die Völker dieser Erde sorgt.“ Weiter sagte Eisenhower: „Jede produzierte Schusswaffe, jedes zu Wasser gelassene Kriegsschiff, jede abgefeuerte Rakete ist letztendlich Diebstahl – an denen, die hungern und nicht ernährt werden, und an denen, die an Kälte leiden und keine Kleidung bekommen“. Und schließlich sagte er:

*Diese waffenstarrende Welt vergeudet nicht nur Geld. Sie vergeudet den Schweiß ihrer Arbeiter, die Geisteskraft ihrer Wissenschaftler und die Hoffnungen ihrer Kinder. Ein modernes Bombenflugzeug kostet so viel wie moderne Schulen aus Ziegelstein in über 30 Städten. So viel wie zwei Stromkraftwerke zur Versorgung von je 60 000 Menschen. So viel wie zwei komplett ausgestattete Krankenhäuser. So viel wie gut 50 Meilen betonierte Autobahn. Für ein einziges Kampfflugzeug bezahlen wir eine halbe Million Bushel Getreide. Für einen einzigen Zerstörer bezahlen wir mit Häusern, in denen 8000 Menschen leben könnten. Ich wiederhole: Die Welt hat einen Weg eingeschlagen, auf dem anscheinend nur noch dieser eine Way of Life vorzufinden ist. Aber ist es überhaupt ein Way of Life? Nein, jedenfalls nicht im ursprünglichen Sinne. In Wirklichkeit findet, wenn ein Krieg heraufzuziehen droht, die Kreuzigung der Menschheit statt.*

Eisenhower schlug keineswegs die Kapitulation oder die unverzügliche oder schrittweise Abrüstung vor, stattdessen aber diplomatische Schritte („Wir begrüßen jede ehrlich gemeinte Friedensinitiative“), das aufrichtige Streben nach einer Welt mit weniger Waffen und weniger Ausreden für Krieg („Das jedenfalls wissen wir: eine Welt, in der die Nationen einander wieder vertrauen, ist auf dem besten Weg zu einem echten Frieden, der dann weder partiell noch aufgezwungen ist“). Eisenhower erklärte:

*Aus der erfolgreichen Erledigung dieser Aufgaben würde sich die wichtigste Aufgabe und die günstigste Gelegenheit überhaupt ergeben, und*

*zwar folgende: die Aufwendung sämtlicher Energien, Ressourcen und Ideen aller friedliebenden Nationen, um einen neuen Krieg zu führen. Wir würden den totalen Krieg erklären, aber keinem menschlichen Feind, sondern den Brachialgewalten Not und Armut.“*

Eisenhower schloss mit den Worten:

*Es gäbe neuartige Kriegsdenkmäler, etwa Straßen und Schulen, Krankenhäuser und Wohnstätten, Nahrungsmittel und Gesundheit. Kurzum, wir sind dazu bereit, unsere Kraft zum Wohle statt zum Schrecken der Welt einzusetzen.*

Doch die Zeiten haben sich geändert, und mit ihnen die Welt und die Vereinigten Staaten. Am meisten geändert hat sich die alte Sichtweise, dass sich der Schutz der Nation und die Förderung des Allgemeinwohls nicht ausschließen.

Amerikanische Konservative sagen gerne: „Man bekommt im Leben nichts geschenkt“ – was auf die Erstellung eines Staatshaushalts sicherlich zutrifft. Es ist einfach nicht möglich, innen- und sozialpolitische Programme, an die in vielen Fällen bereits die Axt der Austerität angelegt wurde, um Dutzende Milliarden Dollars zu kürzen und mit diesen dann den Armeetat anzureichern, der ohnehin schon so riesig ist, dass das National Priorities Project dazu sagt: „Die Mittel, die die USA für das Militär ausgeben, sind ungefähr so groß wie die Verteidigungsbudgets der sieben folgenden ausländischen Militärhaushalte zusammengenommen.“

Die Amerikaner machen 4,34 Prozent der Weltbevölkerung aus, aber der Armeehaushalt der USA beträgt laut National Priorities Project 37 Prozent der globalen Militärausgaben. Diesen Prozentsatz will Trump mit Hilfe von Mulvaney noch einmal so weit wie möglich erhöhen.

Allein das ist schon ein problematisches Ungleichgewicht. Noch problematischer wird es dadurch, dass es unter Trump – wie von Mulvaney signalisiert – nicht mit Steuereinnahmen, sondern durch Umverteilung beibehalten werden

soll, mit Geldern, die ins Gesundheitssystem, in die Wohnungspolitik und den Bildungsbereich sowie in diplomatische Initiativen und in die Auslandshilfe fließen könnten. Letztere könnten die Reduzierung der Ausgaben fürs Militär mit sich bringen. Der Leiter der Organisation Peace Action, Jon Rainwater, sagt dazu: „Trump behauptet, an groß angelegten Verhandlungen sei ihm viel gelegen. Aber sein Plan, das Außenministerium zu plündern und die Auslandshilfe drastisch zu reduzieren, um die Gelder dem Pentagon in den Rachen schieben zu können, ist etwas gänzlich anderes.“ Statt sich um die amerikanische Bevölkerung zu kümmern, plane Trump das Gegenteil, nämlich „die Taschen der Waffenindustrie zu füllen, indem etwa Gesundheitsprogramme, die wirklich für die Sicherheit der Amerikaner sorgen, gekürzt werden.“

Damit werden Eisenhowers schlimmste Befürchtungen wahr. Zum Ausdruck gebracht hatte er sie nicht nur in seiner „Cross-of-Iron“-Rede von 1953, sondern auch in seiner letzten Amtsansprache. Darin hatte er gewarnt, dass „wir uns verwahren müssen gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den militärisch-industriellen Komplex.“ Eisenhower weiter:

*Niemals dürfen wir zulassen, dass diese Kombination unsere Freiheit oder unseren demokratischen Entscheidungsprozess in Gefahr bringt. Wir dürfen nichts für selbstverständlich nehmen. Nur eine wache und sachkundige Bürgerschaft kann das richtige Zusammenwirken der gewaltigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit miteinander gedeihen mögen.*

## Politik für die Wenigen durch Demokratieabbau

Auf keinen Fall dürfe man zulassen, dass unter der Wucht des Militär-Industrie-Komplexes bürgerliche Freiheiten eingeschränkt oder demokratische Entscheidungsprozesse verhindert werden, warnte Dwight Eisenhower. Das sagte er nicht als unbedarfter Beobachter der Zeitenläufe. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb er als Militärgouverneur der US-Besatzungszone in Deutschland an dessen Verfassung mit, die ein Bollwerk gegen Militarismus und Totalitarismus sein sollte. Als Präsident in der McCarthy-Ära wurde er Zeuge davon, wie sehr sich eine vermeintlich freie Nation der autoritären „Red-Scare“-Hysterie unterwarf. Er erkannte, welche Schwächen die Grundfeste einer Demokratie haben. Und er wusste, dass sie dann am meisten gefährdet ist, wenn zynische Politiker die Regierungsmacht ausnutzen, um ihre Machtstellung mit Hilfe von Angstmacherei, Spaltungspolitik und der Beschränkung von Freiheitsrechten zu zementieren.

Eisenhower lieferte sich damals mit den rechten Elementen in der republikanischen Partei einen offenen Schlagabtausch. Er sagte:

*Wenn eine politische Partei die Renten- und Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgesetze oder Agrarsubventionen abzuschaffen versucht, dann wird sie schnell von der politischen Bildfläche verschwunden sein. Eine kleine Splittergruppe bei uns versucht es natürlich trotzdem. Dazu gehören H. L. Hunt, dessen Hintergrund bekannt sein dürfte, ein paar Ölmillionäre aus Texas und der eine oder andere Politiker oder Geschäftsmann. Sie sind nur ein paar, und sie sind blöde.*

Eisenhower warb während seiner Wiederwahlkampagne 1956 stark um die Stimmen von Afroamerikanern und Gewerkschaftsmitgliedern. Ihm schwebte eine breit aufgestellte republikanische Partei mit einer leistungs- und sachbezogenen Wahlkampfstrategie vor. Angstmacherei und Wahlrechtsentzug, wie sie die Demokraten

im US-Süden und die großstädtischen Parteiapparate betrieben, lehnte er ab. „Eine politische Partei, die nicht mit vollster Entschiedenheit für die Sache des Rechts und die Sache der Moral eintritt“, sagte der 34. Präsident, als er für eine zweite Amtszeit kandidierte, „ist keine politische Partei. Dann ist sie nichts weiter als eine Vereinbarung zur Machtergreifung.“ Womit wir wieder bei Donald Trumps Republikaner-Partei sind.

Trump spendete in den Jahrzehnten vor seiner Präsidentschaftskandidatur für moderate, manchmal sogar linksliberale politische Zwecke. Zuallererst war er immer ein Größenwahn-sinniger Egomane, dem nichts wichtiger ist als immer und überall die Nase vorne zu haben. Im Wahlkampf 2016 hatte er den Eindruck erweckt, er könne gute Ideen aufgreifen, ohne sich dem Druck milliardenschwerer Wahlkampfspender und Unternehmenslobbyisten beugen zu müssen. Aber Trump wurde kein beweglicher Politiker, sondern ein Präsident auf der ständigen Suche nach Bestätigung und Unterstützung. Deshalb strebt er mit jedem politischen Kalkül den Sieg um jeden Preis an. Und damit ist er bei fast allen Themen bei den Konservativen unserer Zeit gut aufgehoben. So, wie er sie 2016 brauchte, um an die Macht zu kommen, braucht er sie heute, um an der Macht bleiben. So, wie die Unternehmer-Konservativen auf ihn angewiesen sind, damit er der Milliardärsklasse die so begehrten wirtschaftliche Vorteile verschafft, brauchen ihn die Wertkonservativen. Er nominiert ihre Leute für das Oberste Gericht und betreibt eine reaktionäre Politik entspre-

chend den Forderungen der religiösen Rechten. Und so betreibt Trump die ekelhafte Politik der ganz Rechten gleich mit. Besonders deutlich wurde dies Mitte August 2017, als er die bereits aufgeheizte Stimmung noch zusätzlich anfachte. Weiße Rassisten und Neonazis waren in Charlottesville im Bundesstaat Virginia gewalttätig geworden und hatten einen Menschen umgebracht und viele weitere verletzt. Antirassisten hatten sich ihnen in den Weg gestellt. Trump sagte nicht nur, beide Seiten stünden moralisch auf derselben Ebene, sondern bezeichnete jene Rechten, die unter der Fahne der die Sklaverei verteidigenden Südstaaten marschiert waren, als „fine people“. Dabei hieß er natürlich ganz generell die Opposition und Rhetorik von Extremisten gut.

Seit er im Amt ist, geht Trump ständig und immer böswilliger auf die freie Presse der USA los. Am meisten Beachtung finden die Tweets des Commander-in-Chief, und wenn er, wie schon im Wahlkampf, auf öffentlichen Veranstaltungen vor Unterstützern bombastische Erklärungen abgibt. Er bezichtigt CNN gerne der Verbreitung von „fake news“ oder beschuldigt die „New York Times“, in jedem ihrer Artikel Lügen über ihn zu verbreiten. Wenn ein Präsident die Medien auf Dauer so direkt angreift, dann lassen die Folgen nicht lange auf sich warten. Dahinter wird seine Neigung zu einem autoritär geprägten „Konservatismus ohne Gewissen“ deutlich. Worte entfalten ihre Wirkung – und das umso mehr, als Trump das Weiße Haus zu seiner Mobbing-Kanzel macht.

## **Medienpolitik und der Angriff auf die Netzneutralität**

Geht es allerdings um Medienpolitik und den Journalismus der Zukunft, dann haben Trumps Sätze weniger Auswirkungen als sein politisches Programm. Nichts darin schadet dem

demokratischen Diskurs so sehr wie die Lockerung der Netzneutralitäts-Regeln. Angesichts von Zeitungssterben, Kartellbildung im Rundfunk, belanglosem Kommerzfernsehen und



skandalgeplagten, einseitigen Kabelsendern ist das Internet zum wichtigsten Instrument für die Vermittlung von Gedanken und für die Mobilisierung einer Opposition geworden, die sich den autokratischen Impulsen des Präsidenten und seiner kapitalistischen Kumpane lieber widersetzen will.

Von daher ist es keine Überraschung, dass Trump und Ajit Pai, der Direktor der Aufsichtsbehörde für Telekommunikation FCC, die Netzneutralität abschaffen wollen – die man auch als oberstes Gebot des Internets bezeichnen könnte, weil sie jeder Stimme in unserem digitalen Universum Schutz und Gleichbehandlung garantiert. Im April 2017 umriss Pai laut „New York Times“ einen „umfassenden Plan, die Aufsicht der Regierung über Breitband-Anbieter zu lockern – eine Rücknahme der vor zwei Jahren getroffenen Grundsatzentscheidung, die den Breitbandanbietern in den USA die Gleichbehandlung aller Online-Inhalte abverlangte.“

Bürgerinnen und Bürger überfluteten die FCC mit Gesuchen, die Netzneutralität zu wahren. Denn sie wussten, dass ohne garantierte Gleichbehandlung aller Daten das Pendel zugunsten der Milliardärsklasse und ihrer Datenpakete, die die nationale Debatte ohnehin bereits dominieren, ausschlagen würde. Der Free Press Association Fund, Demand Progress und Fight for the Future organisierten für den 12. Juli einen Internet-weiten „Aktionstag zur Beibehaltung der Netzneutralität“. Unterstützung für ein offenes Internet erhielten sie von American Civil Liberties Union, American Library Association, Center for Media Justice, Color Of Change, Common Cause, Creative Commons, Electronic Freedom Foundation, Greenpeace, NARAL Pro-Choice America, National Hispanic Media Coalition, New America, Public Knowledge, Rock the Vote und der Women’s-March-Bewegung. Webbasierte Innovationsführer wie Airbnb, Amazon, CREDO, eBay, Etsy, Expedia, Facebook, Kickstarter, Mozilla, Netflix, OKCupid, reddit, Soundcloud, Spotify,

Tinder, Twitter, Vimeo und Yelp brachten ihre Entrüstung ebenfalls zum Ausdruck. Laut Free Press schickten über fünf Millionen Menschen Protest-E-Mails an den Kongress. Mehr als zwei Millionen hinterließen Einträge auf der FCC-Webseite – fast drei Mal so viel wie je zuvor an einem einzigen Tag. Darüber hinaus gingen bei Kongressmitgliedern mehr als 124 000 Protestanrufe ein.

Das bedeutet allerdings nicht, dass das amerikanische Volk bekommt, was es will. Denn Pai, der früher als Anwalt in der Telekommunikationsbranche tätig war, hat wiederholt deutlich gemacht, dass er die Maßnahmen zum Schutz der Netzneutralität abschaffen will. Sie waren in den Obama-Jahren als Reaktion auf eine jahrelang dauernde Kampagne eingerichtet worden, unter dem Druck von Demokratiebefürwortern sowie von Verbraucher- und Bürgerrechtsorganisationen.

Aber damit ist es Trumps Mann bei der FCC noch lange nicht genug. In den ersten Amtmonaten der neuen Regierung stoppte er mit Hilfe von FCC-Ausführungsverordnungen Programme, die den Zugang zum Breitband erweitert, Schutz gegen Medienkonsolidierung gewährt und Wahlkampffinanzierungsquellen in den Medien offengelegt hätten. „So sieht eine Regierung aus, die aus Milliardären und Vertretern von Sonderinteressen besteht“, sagte dazu der ehemalige FCC-Chef Michael Copps.

Parallel dazu will die Trump-Regierung die Förderung der Künste und Geisteswissenschaften, der National Endowment for the Arts und der National Endowment for the Humanities , ganz einstellen und die Finanzierung der Corporation for Public Broadcasting (CPB) schrittweise beenden. Derzeit überweist die CPB aus Bundesmitteln jährlich ungefähr 445 Mio. Dollar an gut 1500 öffentliche Radio- und Fernsehanstalten der NPR- und PBS-Sendernetze und an lokale Community-Sender. Diese 445

Millionen machen einen winzigen Bruchteil des Bundeshaushalts aus. Aber ohne sie können ländliche und kleinstädtische Radio- und Fernsehstationen mit ihrem unverzichtbaren Nachrichten- und Informationswert nicht überleben.

Die Kürzungsvorschläge sind so niederschmetternd, dass sich sogar einige Kongress-Republikaner dagegen aussprachen. Vielleicht kann das schlimmste zunächst verhindert werden. Aber die Trump-Regierung hat ihr Vorhaben in dieser Hinsicht erneut bekräftigt. Über seine Attacken auf große Medienunternehmen wie CNN und die „New York Times“ hinaus will es Trump auch kleineren öffentlichen und lokalen Sendern schwer machen. Er will verhindern, dass sie eine Alternative zu den „fake news“ und „alternative facts“ werden, die seit den 1990er Jahren so viel Staub aufwirbeln. Das Phänomen entwickelte sich infolge des 1996 verabschiedeten Telecommunications Act. Das Gesetz geht auf Kongress-Republikaner zurück, die dafür auf die Zusammenarbeit mit dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton zählen konnten. Es ist ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn sich Unternehmen und korrupte Politiker beider Parteien auf ein Regelwerk einigen. Das Gesetz löste in der Branche eine Welle von Fusionen aus, setzte in deren Folge ganze Radioredaktionen auf die Straße und brachte örtliche Talksender zum Verstummen. Anstelle regionaler und weltanschaulicher Vielfalt führte der mediale Konsolidierungsrausch direkt zu ultrakonservativen Talkern wie Rush Limbaugh und weiteren seiner Art, die inzwischen omnipräsent sind.

Um der Entstehung von Nachrichtenwüsten entgegenzuwirken, in denen ausschließlich private Sender und einseitige Webseiten „Informationen“ verbreiten, müssten die USA öffentlichen und Community-Medien eigentlich umso mehr unter die Arme greifen. Aber Trump und der ehemalige Weiße-Haus-Chefstrategie Steve Bannon kramten die medienpolitischen Wunschlisten der Konservativen aus

den 1990er Jahren wieder hervor. Dafür haben sie Gründe: Es geht ihnen um die Schwächung von Konkurrenz und Diversität, um in alle Richtungen dehnbare Standard-„Newsrooms“, um Schnellstraßen für Bezahlhalte auf der Datenautobahn und um langsame Straßen für den demokratischen Diskurs, der sich auf Fakten stützt und nicht nur für den Widerstand gegen Trump, sondern auch für die Entwicklung von Alternativen gegen ihn unerlässlich ist. Demokraten und Republikaner haben die Notwendigkeit von Medienvielfalt und Wettbewerb von Anfang an verstanden, und einige Republikaner halten sich auch heute noch daran. Als Trump im Februar 2017 seine Angriffe auf die Medien verstärkte, sagte der Senator aus Arizona John McCain: „Wenn man unsere Demokratie in ihrer heutigen Form bewahren will, dann ist ein freie und oft auch gegnerische Presse unabdingbar. Ohne sie würden wir mit der Zeit viele individuellen Freiheiten einbüßen, befürchte ich. So fangen Diktatoren an.“

McCain hat recht. Aber er klingt auf dem Washingtoner Kapitolsberg im Chor der Republikaner oft wie eine verlorene Stimme. Viele prominente Republikaner haben sich, wenn es um Medien und demokratische Freiheiten geht, hinter Trumps autoritäres Programm gestellt. Die Angriffe der FCC auf die Netzneutralität stießen bei den Republikanern im Kongress kaum auf Kritik. Viele von ihnen sind auf die Telekommunikations-Unternehmen angewiesen, die ihrerseits nach einer Neustrukturierung des Internets auf „Schnellstraßen“ eine Maut erheben könnten und so zusätzlich Profite machen würden. Zudem beschleunigt sich die Konsolidierung von Privatmedien, da im Repräsentantenhaus und im Senat die Republikaner die Mehrheiten stellen und ihnen an einer Regulation nicht viel gelegen ist.

Noch beunruhigender ist der Jubel, den – neben der schweigenden Zustimmung vieler anderer – Trump von vielen führenden Republikanern erhält, wenn er die Demokratie frontal

angreift. Seine Lügen, etwa vom „Wählerbetrug“ oder „illegalen Wählern“, galten früher nur als Beweis für seine wahnhaftige Rücksichts-

losigkeit, aber sie sind inzwischen zentraler Bestandteil seiner Regierung und der sie stützenden Partei.

## „Manipulierte Wahlen“ und Wahlrechtentzug

Im Wahlkampf 2016 sorgte Donald Trump für einige Aufregung, als er davon sprach, er werde ein Wahlergebnis, das ihn nicht zum Sieger erkläre, möglicherweise nicht akzeptieren.

In der abschließenden Fernsehdebatte im Kampf ums Weiße Haus 2016 versuchte Moderator Chris Wallace, die Kandidaten durch eine themenorientierte Diskussion zu führen – selbst als Trump und Clinton sich darüber in die Haare gerieten, wer denn nun die „Marionette“ Vladimir Putins sei. Doch die eigentliche Erkenntnis dieses Abends war Trumps Antwort auf die Frage von Wallace, wie der Milliardär mit einer Niederlage umgehen werde. Unter Hinweis auf die in den letzten Wahlkampfwochen häufig zu hörende Klage Trumps über eine „manipulierte Wahl“ stellte Wallace eine Frage, auf die der Kandidat gefasst sein musste:

*Mister Trump, ich möchte Ihnen eine letzte Frage zu diesem Thema stellen. Sie haben auf Wahlkampfveranstaltungen jüngst davor gewarnt, diese Wahl sei manipuliert und Hillary Clinton tue alles, um sie Ihnen zu stehlen. Ihr Kandidat für das Vizepräsidentenamt, Gouverneur Pence, versicherte am Sonntag, er und Sie würden – so seine Worte – das Wahlergebnis absolut akzeptieren. Ihre Tochter Ivanka hat heute das Gleiche gesagt. Ich will Sie heute Abend hier auf diesem Podium fragen: Geben Sie die gleiche Zusicherung, dass Sie das Wahlergebnis absolut akzeptieren werden?*

Trump hätte sagen können, dass er davon ausgehe, das zu tun. Er hätte näher auf den Prozess eingehen können, er hätte darauf hinweisen können, dass er die Ergebnisse akzeptieren werde, es sei denn, die Wahl gehe so knapp aus, dass Nachzählungen erforderlich seien –

in diesem Fall hätte er erklären können, welche Schritte er unternehmen wolle, um sicherzustellen, dass während dieser Phase der Überprüfung alles ruhig blieb. Er hätte seine Antwort auf vielerlei Weise formulieren können, um so seinen Respekt für den Wahlprozess zu signalisieren – und für eine politische Verhaltensnorm, die bis in die allerersten Jahre der Republik zurückreicht.

Doch Trump tat nichts dergleichen. „Ich werde mir das zu gegebener Zeit anschauen. Jetzt interessiert mich das nicht. Ich werde mir das zu gegebener Zeit anschauen“, sagte Trump.

Dann begann der Kandidat, all die Unrichtigkeiten aufzuführen, die er möglicherweise in Stellung bringen würde, um ein Ergebnis anzufechten und zu diskreditieren, das er von seinem Temperament her offenbar nicht akzeptieren konnte:

*Was ich gesehen habe, ist schlimm. Vor allem die Medien sind so verlogen und korrupt. Und die Kritik ist so erstaunlich. Die ‚New York Times‘ hat tatsächlich einen Artikel darüber geschrieben, dass ihnen das alles völlig egal ist. Es ist so verlogen. Und sie haben die Köpfe der Wähler vergiftet...*

Trump war nun so richtig in Fahrt und wiederholte längst widerlegtes rechtes Gerede von „Millionen Menschen, die sich unrechtmäßig als Wähler registrieren ließen“, pöbelte weiter gegen die „korrupten Medien“ und schloss mit einer Tirade darüber, dass Clinton „nie für das Präsidentenamt hätte kandidieren dürfen, wenn man bedenkt, was sie mit den E-Mails und so vielen anderen Dingen angestellt hat“.

Schließlich unterbrach ihn Wallace und stellte die entscheidende Frage:

*Sir, es gibt eine Tradition in diesem Land, eine, auf die das Land tatsächlich stolz ist, und das ist der friedliche Machtwechsel. Und ganz gleich, wie hart ein Wahlkampf ausgetragen wird, am Ende gratuliert der Verlierer dem Sieger. Damit will ich nicht sagen, dass Sie nun zwangsläufig der Gewinner oder der Verlierer sein werden. Nur, dass der Verlierer den Wahlsieg des anderen anerkennt und dass sich das Land vereint zum Wohle aller. Wollen Sie damit sagen, dass Sie jetzt nicht bereit sind, sich an diesen Grundsatz zu halten?*

„Ich sage, ich werde Ihnen das zu gegebener Zeit mitteilen“, antwortete Trump beinahe vergnügt. „Ich werde sie in Atem halten, okay?“

Das war, wie Clinton bemerkte, eine „erschreckende“ Aussage. „[So] funktioniert unsere Demokratie nicht“, erklärte die demokratische Kandidatin:

*Wir haben eine Geschichte von 240 Jahren. Wir hatten freie und faire Wahlen. Wir haben die Ergebnisse akzeptiert, auch wenn sie uns vielleicht*

*nicht gefielen. Und das muss man von jedem erwarten, der bei einer allgemeinen Wahl auf einer Wahlkampfbühne steht. Machen wir ganz deutlich, was er sagt und was das bedeutet. Er verunglimpft unsere Demokratie, er redet sie schlecht. Und ganz besonders schockiert mich, dass jemand, der Kandidat einer der beiden großen Parteien ist, eine solche Haltung einnimmt.*

Trump war so furchterregend, dass die meisten Amerikaner seine Kandidatur ablehnten. 54 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme jemand anderem als Trump, und für Clinton stimmten fast drei Millionen mehr Wählerinnen und Wähler als für Trump. Lediglich der knappe Vorsprung in drei hart umkämpften Bundesstaaten – Michigan, Pennsylvania und Wisconsin – sorgte dafür, dass am Ende das archaische und antidemokratische Electoral College zustande kam, in dem er die Mehrheit hatte und das ihn zum Präsidenten machte.

Doch Trump gab sich damit nicht zufrieden. Er hatte weiterhin etwas auszusetzen, nicht als beleidigter Verlierer, sondern als beleidigter Gewinner.

## **Der Kampf gegen ein „Problem“, das gar nicht existiert**

Erzürnt über Behauptungen, ihm fehle es an einem Mandat, verteidigte der Präsident, der das Electoral College einst als undemokratischen Anachronismus beschimpft hatte, dieses Gremium nun. Doch dann ging er noch weiter und machte sein Gejammer zu einem Teil der Agenda seiner Administration – dem vielleicht gefährlichsten Teil.

Während seines ersten offiziellen Treffens mit führenden Kongressabgeordneten behauptete der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, der Grund, warum er am 8. November landesweit auf weniger Stimmen als seine Konkurrentin gekommen sei, sei der, dass drei bis fünf Millionen

„illegale“ für Hillary Clinton gestimmt hätten. Zwei Tage später – Tag fünf seiner Präsidentschaft – tischte er seine große Lüge noch einmal auf und verwandelte sie in eine Drohung, als er tweetete: „Ich will eine umfassende Untersuchung zum Thema Wahlbetrug, wozu auch diejenigen gehören, die in zwei Staaten als Wähler registriert waren, diejenigen, die illegal sind.“

Die Nachricht, dass Trump erneut mit Wahlbetrugsgespinnsten hausieren ging, stellte die Journalisten vor das Problem, wie man in den Schlagzeilen mit der Herausforderung umgehen sollte, die ein Tatsachen verdrehender Präsident darstellte. „Ohne jeden Beleg erklärt

Trump den Abgeordneten, drei bis fünf Millionen illegale Stimmen hätten ihn den Wahlsieg gekostet“, erklärte die „Washington Post“. „USA Today“ titelte: „Trump erneuert widerlegte Behauptung: ‚Illegale‘ kosteten mich Wahlsieg.“ Unverblümt formuliert es die „New York Times“: „Trump wiederholt bei Treffen mit Abgeordneten Lüge über Wahlergebnis.“

Und tatsächlich waren Trumps Behauptungen nachweislich falsch.

Wahlbeamte sagten das. Journalisten, die die Wahl beobachteten und Trumps Behauptungen überprüften, sagten das. ProPublica, ein Non-Profit-Newsdesk für investigativen Journalismus, berichtete: „Wir hatten am Wahltag 1100 Beobachter vor Ort. Wir haben keinerlei Erkenntnis, dass die Wahl manipuliert wurde.“ ProPublica wies darauf hin, seine Reporter hätten „keinerlei Beleg“ dafür gefunden, dass „illegale Einwanderer unrechtmäßig abgestimmt“ hätten. Das Projekt PolitiFact, das mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet worden war, kam zu dem Schluss:

*Weder Trump noch seine Verbündeten haben irgendeinen Beweis für verbreitete illegale Wählerstimmen vorgelegt. Tatsächlich haben Untersuchungen durchgängig gezeigt, dass Wahlbetrug nirgends in einem Maße vorgekommen ist, das Abermillionen von Stimmen infrage stellen könnte. Tatsächlich ist die Vorstellung, man könne eine so weit reichende Verschwörung auf die Beine stellen – die potenziell Millionen von Menschen über mehrere Monate hinweg umfasst, und zwar ohne dass Wahlbeamte etwas davon bemerken, noch dazu vielfach in Staaten, die von den Republikanern kontrolliert werden –, lächerlich unlogisch. Wir stufen Trumps Behauptung als Lüge ein.*

Doch der Präsident blieb bei seinen Tatsachenverdrehungen. Warum?

Er bediente sich der Sprache seiner konservativen Basis, um sich ihrer Loyalität zu versichern. Aber er tat noch etwas anderes. Er legte den Grundstein für eine offizielle Agenda, die mit

Hilfe staatlicher Macht die Stimmabgabe neu strukturieren will, um damit, so Wahlexperten, die Chancen dieser Basis zu stärken, während man gleichzeitig die Chancen von Trumps Kritikern schmälert.

Behauptungen über „illegale Stimmen“, die seit vielen Jahren von konservativen Beobachtern verbreitet werden, wurden als Vorwand genutzt, um Gesetze zu erlassen, die es Amerikanern erschweren, in Bundesstaaten überall in diesem Land abzustimmen. Wahlbeobachter sind zu der Ansicht gelangt, dass Maßnahmen der Wählerunterdrückung eine wichtige Rolle dabei spielten, dass Trump in einer voll Hand Staaten knapp gewann, was ihm den Sieg im Electoral College und die Präsidentschaft bescherte. „Wir haben einen designierten Präsidenten, der mit Blick auf unterdrückte Stimmen im Land nicht nur einen Daumen, sondern buchstäblich sämtliche Finger an der Waage hatte, um gewählt zu werden“, sagte NAACP-Präsident Cornell William Brooks.

Während Brooks Einschränkungen der Demokratie kritisierte, die Wahlergebnisse verzerren, äußern Konservative oftmals ihren Wunsch, diese Restriktionen noch zu verschärfen. Der konservative Politikstratege Paul Weirich erklärte 1980 bei einem Treffen des Religious Roundtable:

*So viele unserer Christen haben das, was ich als das Goo-Goo-Syndrom bezeichne: good government. Sie wollen, dass jeder wählt. Ich will nicht, dass jeder wählt. Wahlen werden nicht von einer Mehrheit des Volkes gewonnen, das war zu Beginn unseres Landes nicht so, und es ist auch heute nicht so. Tatsache ist: Unsere Position bei Wahlen verbessert sich, wenn weniger Leute wählen gehen dürfen.*

Schon bevor Trump per Twitter davon sprach, formale Schritte gegen ein „Problem“ zu unternehmen, das gar nicht existierte, waren republikanische Offizielle überall im Land dabei, das Wählen zu erschweren – besonders in Staaten, wo sie nur einen knappen Vorsprung hatten.



Nachdem das Parlament von Michigan Anfang Dezember 2016 strenge Vorgaben für eine „Voter ID“ gebilligt hatte, die das Wählen an die Vorlage eines Lichtbildausweises knüpfte, zitierte die „Detroit News“ den demokratischen Abgeordneten Jeff Irwin aus Ann Arbor mit den Worten:

*Es gibt keinerlei Beleg dafür, dass irgendwelche Wähler, die im letzten Monat ohne Lichtbild-Identifizierung abstimmen durften, Wahlbetrug begingen, aber sie oder ihresgleichen könnten durch das neue Gesetz mit einer ‚modernen Wahlsteuer‘ belegt werden. [...] Das wird zu Verwirrung und Chaos in den Wahllokalen führen. Es wird Streit geben, Wähler werden das nicht verstehen, und die langen Schlangen werden noch länger werden. Vielleicht geht es genau darum.*

Deutlicher wurde die Sache, als Trump am 11. Mai 2017 verkündete, er wolle Vizepräsident Mike Pence und den Secretary of State aus Kansas, Kris Kobach, zu Vorsitzenden seiner neuen Presidential Advisory Commission on Election Integrity machen.

Das war clever eingefädelt. Denn kaum jemand bezweifelte, welchen Rat Kobach dem Präsidenten und den Republikanern im Kongress geben würde. Seit Jahren hatte der Mann aus Kansas mit dem undurchsichtigen American Legislative Exchange Council (ALEC) zusammengearbeitet – einer von Unternehmen finanzierten Organisation, die „Modellgesetze“ erarbeiten sollte, um in den fünfzig Staaten eine rechte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befördern. Nachdem der republikanische Stratege Karl Rove die Konservativen 2006 dazu gedrängt hatte, das Thema des „Wahlbetrugs“ aufzugreifen, begann die Public Safety and Elections Task Force von ALEC damit, Wahlreformen zu propagieren, die Roves Programm vorantrieben. Kobach – der zusammen mit ALEC ein Anti-Einwanderungsgesetz konzipiert hat, das zu einer landesweiten Kontroverse führte, als es in Arizona umgesetzt wurde – machte sich dadurch einen Namen, dass er behauptete, Unmengen an „il-

legal registrierten Fremden“ würden die Integrität amerikanischer Wahlen bedrohen. Das war eine absurde Behauptung. Doch auf der radikalen Rechten wurde sie nur zu gern aufgegriffen, und selbst als ALEC gezwungen war, angesichts der lautstarken Einwände von Bürgerrechtsgruppen die Forderung nach einem diskriminierenden „Voter-ID“-Gesetz fallen zu lassen, hielt Kobach an seiner Wahnvorstellung fest. Obwohl es für seine Behauptungen keinerlei Beleg gab, fand Kobach unter zynischen Konservativen willige Mitstreiter. Warum? Der Jurist Mark Pocan vom Congressional Progressive Caucus, der im Parlament von Wisconsin gegen die Vorschläge von ALEC auftrat und heute Trumps Agenda im Kongress bekämpft, erklärte: „Sobald sie die Regeln für Wahlen und Wahlkämpfe aufgestellt haben, werden [die Interessen von Unternehmen und Konservativen] den Ton angeben.“

Nachdem Kobach zum Secretary of State von Kansas gewählt worden war, positionierte er sich als, wie das Voting Rights Project der Civil Liberties Union es nannte, „König der Wählerunterdrückung“. Kristen Clark, Vorsitzender des Lawyer’s Committee for Civil Rights Under Law, meint: „Kobach ist Staatsfeind Nummer eins, wenn es um die Wählerunterdrückung in unserem Land geht.“

„Während seiner Amtszeit als Wahlvorsteher in Kansas setzte er sich für einige der strengsten Wahlgesetze im Land ein, darunter das umstrittene Gesetz zum Nachweis der Staatsbürgerschaft, das von den Leuten die Vorlage einer Geburtsurkunde oder eines Passes verlangt, wenn sie sich als Wähler registrieren lassen wollen“, hieß es in einer ausführlichen Einschätzung Kobachs durch das angesehene Hauptstadtbüro der McClatchy-Zeitungsgruppe. Und weiter: „Richter, die in Wahlrechtsfällen gegen Kobach entschieden haben, warfen ihm vor, er würde sich ‚Wortklaubereien bedienen, um ein materiell ungenaues Bild der Dokumente zu liefern‘, und kritisierten seine Auslassungen über Wahlbetrug, weil sie sich

auf ‚wenig Belege‘ stützen könnten oder auf ‚reiner Spekulation‘ beruhen.“

Kobachs Behauptungen werden seit so vielen Jahren und auf so vielfältige Weise entkräftet und kritisiert, dass respektable Republikaner gegenüber dem Mann aus Kansas lieber auf Abstand gingen. Doch Donald Trump und der innere Zirkel des Präsidenten fanden Gefallen an Kobach. Noch einmal McClatchy:

*Während andere Innenminister wie auch regierungsseitige und wissenschaftliche Untersuchungen davon sprechen, dass es nur sehr selten zu Wahlbetrug komme, beriefen sich Kellyanne Conway und andere hochrangige Berater Trumps auf Kobach als Quelle für die nicht belegte Behauptung des Präsidenten, Millionen illegaler Stimmen hätten das Wahlergebnis zugunsten der Demokratin Hillary Clinton verfälscht. Bisher hat Kobach keinerlei Belege für verbreiteten Wahlbetrug vorgelegt. Der Verfasser der von ihm zitierten Cooperative Congressional Elections Study erklärte, tatsächlich habe die Studie eine Abstimmungsquote von Nicht-Staatsbürgern ergeben, die bei nahezu null liege.*

Als Trump Kobach zum bestimmenden Akteur in seiner Orwellschen Commission on Election Integrity machte, erklärte der Minderheitsführer im Senat, der Demokrat Charles Schumer aus New York: „Einen Extremisten wie Mr. Kobach an die Spitze dieser Kommission zu berufen ist in etwa so, als würde man einem Brandstifter die Verantwortung für die Feuerwehr übertragen.“

Die fünfzig Bundesstaaten verfassen Wahlgesetze. Und niemand weiß besser als Kris Kobach, dass die Parlamentarier konservativer Bundesstaaten eine Vorliebe für „Modellgesetze“ haben, die von wirtschaftsnahen Organisationen und Präsidentenkommissionen ausgearbeitet werden. Nun wurde Kobach (der gegenüber der „New York Daily News“ erklärte, er werde die Kommission „aus praktischen Gründen“ leiten) von Donald Trump in eine Position gehievt, in der er nicht nur mit Blick auf

die Wahlen, sondern auch auf die Wahlgesetze in den Vereinigten Staaten über enorme Definitionsmacht verfügt. Wie groß ist sie? Kritiker behaupten, die Kommission sei eingerichtet worden, um einerseits Donald Trumps falsche Behauptungen hinsichtlich eines massiven Wahlbetrugs zu legitimieren und andererseits Vorschläge zu erarbeiten, mit denen die Wahlgesetze in den Bundesstaaten radikal umgeschrieben werden sollen.

Senator Schumer hat die Kommission kritisiert als „klare Front, um den Zugang zu Wahlen zu beschränken“. Ari Berman, Verfasser des Buches „Give Us the Ballot: The Modern Struggle for Voting Rights in America“ (2015), ist der Ansicht: „Wenn Trump dem Rat Kobachs folgt und Maßnahmen vorantreibt wie die, dass bei der Wählerregistrierung landesweit die Staatsbürgerschaft durch ein Dokument nachgewiesen werden muss, hätte das massiv unterdrückende Auswirkungen auf Wahlen in Amerika.“

Auch die American Civil Liberties Union ist ob dieser Entwicklung in großer Sorge. „Es ist wenig überraschend, dass die Trump-Administration Kobach an der Spitze dieser Kommission sehen will“, erklärt die Gruppe, die sich die Verteidigung des Wahlrechts zum Ziel gesetzt hat.

*Sowohl Kobach als auch Trump haben wiederholt Lügen über ‚illegale Stimmen‘ verbreitet. Wir haben das schon früher erlebt – unsere ganze Geschichte hindurch haben sich Politiker der Propaganda über angeblich illegale Stimmen bedient, um eigentlich nicht nötige Beschränkungen des Wahlrechts zu erreichen. Und wir wissen, wen das betrifft – People of Color, junge Menschen, Erstwähler, Wähler mit geringem Einkommen. Doch ganz gleich, wie sehr sie lügen, an den Fakten können sie nichts ändern. Die wahre Bedrohung für die Integrität der Wahlen ist Wählerunterdrückung.*

Die ACLU hat recht. Wählerunterdrückung ist die eigentliche Gefahr für die Integrität der Wahlen – und damit auch für die repräsentative Demokratie.

Donald Trump weiß das. Aber es wäre absurd zu glauben, die Aussicht auf eine eingeschränkte Demokratie würde ihm Sorge bereiten. Tatsächlich gibt es allen Grund zu der Vermutung, dass er Gefallen daran findet. Der politische Heuchler, der nun als „Konservativer ohne Gewissen“ Präsident ist, verweigerte während des Wahlkampfes 2016 die Zusage, die Ergebnisse einer Wahl zu akzeptieren, die er, wie er glaubte, möglicherweise verlieren würde. Seit er bei dieser Wahl mit einer Stimmenminderheit triumphierte – mit einem Ergebnis, das ihm ein Mandat verweigerte und sein dauerhaftes politisches Überleben in Frage stellte –, hat er Lügen über die Funktionalität des Wahlprozesses

verbreitet. Er hat das nicht nur getan, um sein erschüttertes Ego darüber hinwegzutrusten, dass er als erster Präsidentschaftsanwärter fast drei Millionen Stimmen weniger bekommen hat als die Konkurrenz; und er hat seine Commission on Election Integrity nicht nur eingesetzt, um ansonsten diskreditierte Erklärungen zu untermauern, warum er die Wahl in einem Land verloren hat, für das er nach eigenem Bekunden spricht. Das, was viele als Verrücktheit an ihm kritisieren, hat Methode.

Er will politisch überleben. Und er hat eine Agenda, die dieses Überleben sicherstellen soll.

## **Hört endlich auf, Trump zu unterschätzen!**

„Es ist gefährlich, den Überlebenskünstler Trump zu unterschätzen“, argumentiert Ronald Klain, der den Präsidenten Clinton und Obama und schließlich Hillary Clinton in ihrem Wahlkampf gegen Trump als persönlicher Berater diente. Trump hätte als Präsidentschaftsanwärter scheitern müssen. Und doch war er erfolgreich – auch weil seine Rivalen in den Republikaner-Vorwahlen und im Hauptwahlkampf dem knallharten Überlebensinstinkt, der diesen Mann prägt, zu wenig Beachtung schenken.

Donald Trumps „Fähigkeiten“ wurden schon immer hochstilisiert. Und nicht nur von ihm selbst. Sie werden hochstilisiert von Medien und politischen Eliten, die sich Trumps Selbstdarstellung unhinterfragt zu eigen gemacht haben.

In Wirklichkeit war Trump nie ein guter Geschäftsmann. Das bestätigen die, die sich eingehender mit den Geldgeschäften des Mannes beschäftigt haben, immer wieder. Er überstand mit Ellbogeneinsatz und behielt die Nase vorne, indem er zuallererst die günstigste Gelegenheit

wahrnahm, mit der er die Wege suchte und dann auch fand, dann auch ging, die ihm für seine eigenen Projekte und seine eigene Bereicherung günstig schienen. Oft wurde er kritisiert für sein rücksichtsloses, unverschämtes und skrupelloses Verhalten, und dem er die Oberhand zu behalten sucht. Trumps Karriere als Geschäftsmann war viel weniger von der „Kunst des Deals“ geprägt als von einem darwinistischen Überlebensinstinkt, der nur Gewinner und Verlierer kennt.

Trump wird wahrscheinlich nie ein guter Politiker werden. Aber er ging aus dem Republikaner-Vorwahlkampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten und schließlich aus dem Hauptwahlkampf als Sieger hervor, indem er seine altgewohnten Geschäftsstrategien anwendete: jedes Schlupfloch zu erkunden und jeder Fährte nachzugehen, die einen Weg zur Nominierung und zur Wahl weisen könnte. Es gab diejenigen, die sich ausmalten, Trump würde sich nach der Amtsübernahme zur Verantwortung über das Präsidentenamt aufschwingen. Aber davon konnte nie ernsthaft die Rede sein

– denn er sieht immer eine Gelegenheit, unter der Gürtellinie zu agieren.

Trump entwickelt sich weiter, aber nicht zum Besseren. Er erfand sich immer neu, um obenauf zu bleiben, zuerst in der Immobilienbranche, dann im Unterhaltungsbusiness und jetzt in der Politik.

Er hat zu viele Brücken hinter sich abgebrochen, als dass er jemals ein wirklich beliebter Präsident werden könnte. Sein politisches Überleben hängt von einer rechten Agenda namens „Konservatismus ohne Gewissen“ ab, die Austerität und Militarismus befördert, Menschen mit Hilfe von Angstmacherei und Hetze nach Herkunft, Ethnie, Geschlecht und sexueller Präferenz aufspaltet, Grundrechte und -freiheiten einschränkt und sowohl das soziale Netz wie den Sozialvertrag zerreißt.

Beliebt ist dieses Programm nicht. Die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner lehnen es Umfragen zufolge ab, und zwar sowohl mit Blick auf das Gesamtpaket als auch hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen. Als Trump sechs Monate im Amt war, lag die Zustimmungsrage zu seiner Politik einer Umfrage von „Washington Post“ und ABC zufolge bei 36 Prozent – laut Medienberichten die niedrigste Zustimmungsrage für einen Präsidenten so früh in seiner Amtszeit seit 70 Jahren.

Wie will nun Trump seine unpopuläre Agenda in einen Siegeszug verwandeln? Er setzt auf

die Strategie des Teile-und-Herrsche. Sie legt den Amerikanern nahe, nicht das zu glauben, was sie sehen. Sie dämonisiert Hintergrundberichterstattung als „fake news“, macht aus politischem PR-Gerede „alternative facts“, kombiniert die Lüge vom „illegalen Wählen“ mit einer unterdrckerischen Gesetzgebung und rückt dadurch die Hoffnung auf eine demokratischere Zukunft in weite Ferne.

Ob Trump erfolgreich sein oder scheitern wird, liegt nicht an ihm allein. Es liegt an seinen Kritikern, an den Medien, an der Politik – in Washington, im ganzen Land und weltweit. Die Kritik an diesem Präsidenten muss sich an der Wirklichkeit messen lassen und gründlicher werden. Trump kann nicht länger als bloßer „Idiot“, „Narr“ oder „Egomane“ abgetan werden. Natürlich sind solche Beschreibungen von Zeit zu Zeit und technisch gesehen akkurat. Aber sie reichen niemals aus.

Donald Trump ist der Präsident der Vereinigten Staaten. Er ist ein ungeheuer mächtiger Mann. Diese Macht macht gerade diesen Präsidenten mit all seinen Schwachstellen zu einer unglaublich großen Bedrohung. Noch bedrohlicher wird Trump durch die Tatsache, dass er sich auf einer Mission wähnt. Er hat ein Programm. Er will es umsetzen. Davon abgehalten werden kann er nur, wenn gute Leute sich nicht länger auf sein unberechenbares Wesen konzentrieren, sondern ihr Augenmerk endlich auf seine bedenklich kohärente Agenda richten.